



Verfassungsjubiläum:

Erfolgsmodell Grundgesetz auf dem Prüfstand



Lehren und Lernen aus der Geschichte: die Zeithistoriker Karl-Dietrich Bracher, Universität Bonn (links) und Horst Möller, Institut für Zeitgeschichte (rechts) mit Akademiedirektor Heinrich Oberreuter im Bayerischen Landtag

Foto: Schröder

Gleich zwei Fachtagungen der Akademie nahmen das 50jährige Bestehen der Bundesrepublik zum Anlaß für kritische Rückschau und zukunftsgerichtete Reformüberlegungen. Historiker, Politikwissenschaftler und Publizisten trafen sich in Tutzing und im Bayerischen Landtag zum Meinungsaustausch. Gezogene Lehren aus der Geschichte der Weimarer Republik und der NS-Diktatur wie auch aktuelle Belastungen und Bewährungsproben des Grundgesetzes im Zuge der deutschen Einheit bestimmten die Diskussionen.

Siehe Seite 3

Der Kosovo-Krieg und die Deutschen

Aus unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Wissenschaftsdisziplinen näherten sich die Referenten dem Versuch an, die Rückwirkungen des Kosovo-Kriegs auf die deutsche Innenpolitik auszuloten. Philosophen, Historiker, Völkerrechtler, Politikwissenschaftler und Journalisten warfen zahlreiche Fragen auf, die sich der einfachen Beantwortung entzogen. Die kurzfristig aus aktuellem Anlaß ins Programm genommene Tagung führte deswegen vor allem zu einer Vermehrung und Differenzierung der Fragen.

Siehe Seite 23

Annäherung an den Nachbarn Polen



Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem NATO-Beitritt unseres östlichen Nachbarn und die rasanten Entwicklungen und Veränderungen im heutigen Polen angesichts der zukünftigen EU-Mitgliedschaft waren Thema des 2. Tutzinger Forums für Internationale Beziehungen. Unser Bild zeigt den ehemaligen polnischen Außenminister Włodzimierz Bartoszewski und die polnische Generalkonsulin Jolanta Kozłowska.

Siehe Seite 25

Inhaltsverzeichnis

	Seite
50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Bonn war nicht Weimar	3
Die Soziale Marktwirtschaft - ein Modell für die Zukunft?	9
Ein mächtiger Pfeiler im Bau der Republik	11
50 Jahre Grundgesetz: Erfolgsmodell mit kleinen Webfehlern	12
Daily Soaps: Die unendlichen Geschichten	15
Blick hinter die Kulissen der täglichen Seifen-Produktion	17
Medien und Politik: Politische Wirklichkeit jenseits des medialen Scheins vermitteln	18
Gesellschaftspolitik: Willkommen im 21. Jahrhundert	20
Bayerische Schulreform in der Diskussion	22
Der Kosovo-Krieg und die Deutschen	23
2. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen: Annäherungen an den Nachbarn Polen	25
2. Passauer Tetralog: Ein Versuch, Europa zu definieren	30
Europa: Die Europäische Union vor der Erweiterung um das Baltikum	32
Den Seminarraum ins Museum verlegt	33
Der Schlüssel zur Einheit	33
Zitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	34
Förderkreis	36
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	37
Themen - Tagungen - Termine	38
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	44

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maler
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik
Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte
Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung
Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
Dr. Uwe Kranenpohl
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Parteidemokratie, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Plazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Elke Leisching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Redaktion:
Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)
Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:
Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München
Logo: Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Bonn war nicht Weimar

Bei der Gründung der Bundesrepublik stand Weimar insofern Pate, als die Verfassungsväter und -mütter sowie in der Folgezeit alle verantwortlichen Politiker sich entschlossen zeigten, aus den Fehlern der ersten deutschen Demokratie zu lernen. Im Rückblick auf die ersten 50 Jahre der zweiten deutschen Demokratie läßt sich heute feststellen, daß das Unwahrscheinliche eintrat: aus einem geteilten Land wurde unter der wohlwollenden Kontrolle der westlichen Siegermächte eine Weltwirtschaftsmacht von politischem Gewicht und aus einem Land mit schlimmster diktatorischer Vergangenheit wurde eine respektierte freiheitliche Demokratie. Das europäisch-transatlantische Bündnis, der demokratische Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft entwickelten sich in dieser Zeit zu den tragenden Fundamenten der Bundesrepublik.

Aus der Geschichte gelernt? Die Deutschen und ihre Vergangenheit

Im Rahmen einer Tagung zum Verfassungsjubiläum befaßten sich die Teilnehmer der ersten Diskussionsrunde mit der Frage, ob die Deutschen aus ihrer Geschichte etwas gelernt haben. Daran teilgenommen haben der Historiker Prof. Dr. Wolfgang Benz von der TU Berlin, die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der frühere SPD-Vorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel. Geleitet wurde das Gespräch von Michael Stiller von der Süddeutschen Zeitung. Die Diskutierenden stimmten weitgehend in der Meinung überein, daß die Bundesrepublik Deutschland Lehren aus der Geschichte gezogen hat und äußerten sich positiv über die Entwicklung des Landes seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Trotz aller Zuversicht wurden auch Schwachpunkte, Gefahren und Herausforderungen des politischen Systems der Bundesrepublik kritisch beleuchtet. Wir dokumentieren hier Auszüge der Diskussion.



Wolfgang Benz: „Umgang mit der Vergangenheit noch aktuell“

Benz: „Aus der Geschichte gelernt?“, lautet die Frage. Der Historiker ist geneigt zu sagen: ja wir haben aus der Geschichte gelernt, ziemlich viel. Wir können eine positive Bilanz aufmachen, wir können darauf verweisen, daß wir eine stabile Verfassung haben, die erfolgreich Lehren aus dem Weimarer Modell gezogen hat. Wir können darauf verweisen, daß der Extremismus eine bescheidene Rolle am Bodensatz der Gesellschaft spielt und keinen politischen Einfluß genießt. Wir können mit einem Stolz auch

sagen, daß demokratische Überzeugungen Gemeingut sind, wenn man mit der Weimarer Republik vergleicht, wo ja ein beträchtlicher Teil der Bürger demokratische Überzeugungen ablehnte, sich dem, was wir heute extremistische Überzeugungen nennen, anheim gegeben hat.

Allerdings muß man auch fragen, ob genug gelernt worden ist. Man soll sich jetzt nicht freudig zurücklehnen und im Stolz auf das Geleistete verharren. Man muß doch eher fragen: Wessen Verdienst war es, wenn aus der Geschichte Lehren gezogen wurden und was haben wir nicht gelernt, wo können oder müssen wir noch lernen? Was die Verdienste angeht, so ist heute einiges weitgehend vergessen. Etwa, daß der Reformfeifer in den Jahren 1945 bis 1949 nicht so sehr die Sache der Deutschen war, sondern, daß sie eher im Beharren groß waren und sich etwa gegenüber dem von den Alliierten vorgeschlagenen System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr zögerlich verhielten. Ein anderes Beispiel wäre das Berufsbeamtentum, ein Beispiel auch vielleicht die Währungsreform, die wir uns angewöhnt haben, als eine genuin deutsche Leistung - Stichwort Wirtschaftswunder - zu empfinden und zu feiern. Daß die Währungsreform von amerikanischen, britischen und französischen Experten gegen deutsche Bedenken so durchgesetzt und durchgeführt wurde, wie sie sich dann als erfolgreich gezeigt hatte, das haben wir überwiegend doch eher vergessen.

Traditionelles Staatsbürgerrecht

Was ist noch zu lernen? Mir scheint, in Bezug auf die Grundgesetz-Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern, gibt es noch einiges zu tun. Beim Staatsangehörigkeitsrecht haben wir, glaube ich, auch nicht unbedingt Lehren aus der Geschichte gezogen, sondern sind mehrheitlich eher auf einem traditionellen Standpunkt geblieben. Die Wiedergut-

machung nationalsozialistischen Unrechts ist einerseits ein schönes und erfolgreiches Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, wenn man an das Jahr 1952 denkt, an das Luxemburger Abkommen. Das war kein Geringes im Jahre Drei der Bundesrepublik ohne Wenn und Aber eine Entschädigungsregelung zu treffen, von der man damals nicht wußte, daß sie uns nicht so teuer zu stehen kommt, wie man das damals befürchten mußte. Aber, daß man einen ganzen Personenkreis ausgeschlossen hat, nämlich die ehemaligen Zwangsarbeiter und Häftlinge, die das Unglück hatten, jenseits des eisernen Vorhangs zu leben; also jene Altlasten, die jetzt im Augenblick in der öffentlichen Debatte sind, die zeigen uns, daß es noch immer zu lernen gibt und daß der Umgang mit der Vergangenheit noch aktuell ist und daß wir ihn nicht einfach schon als erfolgreich erledigt zu den Akten legen können.



Moderator Michael Stiller
Fotos: Hofmann

Stiller: Ist genug gelernt Frau Leutheusser-Schnarrenberger?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es ist viel gelernt worden aus der jüngsten Vergangenheit und der Geschichte und ich darf vielleicht ganz aktuell beginnen. Der Krieg im Kosovo stößt derzeit noch auf recht breite Akzeptanz in der öffentlichen Meinung, weil es unter anderem auch darum geht, sich für Menschenrechte, gegen Vertreibung, gegen ethnische Säuberung, gegen Diskriminierung und Unterdrückung einzusetzen. Jenseits der Bedenken, die es gibt, in welche Richtung diese Entwicklung führt, ist aber allein die Tatsache, daß Menschenrechte in Deutschland und in der internationalen Staatengemeinschaft einen so hohen Stellenwert haben, eine Lehre, die aus der jüngsten Geschichte gezogen wird.

Ich denke, daß eine richtige Lehre mit weitgehender Konsequenz durch die Formulierung unseres Grundgesetzes gezogen wurde, mit der der materielle Rechtstaat verankert worden ist: daß die Grundrechte, anders als in der Weimarer Verfassung, nicht erst im Rahmen der Gesetze gelten, sondern allem staatlichen Handeln vorangestellt sind, und daß Gesetze nur im Rahmen unserer Verfassung und somit der Grundrechte gelten.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Grundrechte allem staatlichen Handeln vorangestellt“

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den Einigungsprozeß und den Weg, der gewählt wurde, nämlich der Weg über den Beitritt nach Art. 23 GG. Es hätte auch einen zweiten, verfassungsrechtlich möglichen Weg nach Art. 146 GG gegeben. Beide Wege waren legitim, man hat sich für den ersten entschieden. Das hat ja auch Herr Vogel in der Verfassungskommission, in der er eine entscheidende Rolle gespielt hat, sehr beschäftigt. Durch den Beitritt nach Art. 23 GG hat eine breite Auseinandersetzung mit unserer Verfassung nicht stattgefunden.

Die Bedeutung unserer Verfassung und ihrer Werte ist leider nicht so präsent in weiten Teilen der Bevölkerung, auch gerade in den neuen Bundesländern, wie es notwendig und wünschenswert wäre, angesichts von 50 Jahren Grundgesetz.

Vogel: Aus der Geschichte gelernt? Die Frage ist eindeutig mit ja zu beantworten, in Bezug auf das Grund-

gesetz, jedenfalls bis zum Jahre 1989. Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes haben gelernt aus den Fehlern von Weimar. Sie haben gelernt, damals erstaunlich klarsichtig, aus der Katastrophe des NS-Gewaltregimes. Ich nenne noch einmal die drei wesentlichen Elemente des Grundgesetzes: erstens, eine verbesserte Ordnung des Verhältnisses zwischen den Verfassungsorganen, insbesondere zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler, die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichtes, die stabilisierende Wirkung des Umstandes, daß ein Kanzler nur im Wege des Mißtrauensvotums abgewählt werden kann. Zweiter Punkt: die Wiederherstellung eines lebendigen Föderalismus, denn die NS-Diktatur war ein Zentralstaat, der die Möglichkeiten des Zentralstaates in barbarischer Weise mißbraucht hat. Aber auch die Weimarer Republik war bestenfalls ein dezentralisierter Einheitsstaat. Der Föderalismus, mit seiner gewaltenteilenden Wirkung, mit den Identifikationsmöglichkeiten, die für die Menschen mit den Ländern der Bundesrepublik zur Verfügung stehen, das ist im Grundgesetz unter den Eindrücken der vorhergehenden Geschichte grundsätzlich positiv gelöst worden. Aber der entscheidende Unterschied liegt darin, daß die Weimarer Verfassung im Grunde ein Organisations- und Verfahrensstatut war. Das Grundgesetz ist eine auf Werte gestützte und orientierte Grundordnung unseres Gemeinwesens. Und hier ist die zentrale Antwort auf die vorhergehende NS-Gewalt Herrschaft der Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Erfahrungen von 1989 nicht berücksichtigt

Ich weiß nicht, ob wir 1989 und in den Jahren unmittelbar danach nicht stärker aus den Erfahrungen der Menschen in der DDR hätten lernen sollen. Ich meine nicht aus dem, was die SED-Herrschaft und das SED-System tradiert hat, sondern aus dem, was die Bürgerbewegung mitgebracht und in ihre Landesverfassungen hineingeschrieben hat: die unmittelbare Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene, „das Volk sind wir“ (ein ganz prägen-

der Gedanke der friedlichen Revolution), die Artikulierung von konkreten Staatszielen und außerdem auch der Schutz der persönlichen Daten. Solches unter dem Eindruck des Stasi-Mißbrauches in die Verfassung expressis verbis hineinzuschreiben, wäre ein Lernen aus der Geschichte gewesen. Ich meine, dieses Lernen aus der Geschichte der Menschen in der DDR hätte dazu geführt, daß die Menschen heute in der Verfassung auch Sätze entdecken würden, die von ihnen stammen; und das ist leider unterblieben.

Daß die Wertvorstellungen des Grundgesetzes lebendig sind, zeigt doch, in welcher Art und Weise die Diskussion über diese Vorgänge im Kosovo, über den Einsatz militärischer Gewalt und über das Elend der Kosovaren läuft, denn hier geraten zwei Wertaspekte unseres Grundgesetzes in Wettstreit. „Nie wieder Krieg!“, oder wenn, dann höchstens Verteidigungskrieg, auf der anderen Seite Schutz der Menschenrechte: „Nie mehr Völkermord, nie mehr ethnische Säuberung!“ Ich sehe es als positiv an, und das sage ich quer durch die Fraktionen und Parteien, mit welchem Ernst um diese beiden zunächst gar nicht unter einen Hut zu bringenden Wertvorstellungen gerungen wird.

In Bezug auf die Zukunft nenne ich nur zwei Herausforderungen: erstens, die immer weiter um sich greifende Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Zum zweiten die Frage, ob der Markt weiterhin ein nützliches, anderen Instrumenten weit überlegenes Instrument bleibt, oder ob er sich allmählich zur letzten Entscheidungsinstanz für die gesellschaftlichen Probleme entwickelt, ist eine Gefahr, die man jedenfalls nicht aus den Augen verlieren darf. Und die Abhängigkeit von einem sich selbst überlassenen ökonomischen Prozeß, der nur seinen eigenen Gesetzen folgt, kann für die betroffenen Menschen nicht weniger erdrückend sein, als die Abhängigkeit von einem Staat oder einer Partei, die sich für allmächtig halten.

Stiller: Worin besteht Ihrer Ansicht nach die Anziehungskraft und Attraktivität von rechtsextremen Parteien und Wertvorstellungen?

Vogel: Was die Jungen im Osten angeht, so ist das Ausdruck einer gewissen Unsicherheit, Orientierungslosigkeit, Schwierigkeit mit den auf sie einstürzenden Veränderungen einigermaßen zurechtzukommen. Ich sehe Gründe vor allen Dingen auch in dem gestörten Selbstwertgefühl. Bei den jungen Menschen im Westen der Bundesrepublik, da bin ich einigermaßen ratlos, wahrscheinlich wollen sie auf sich aufmerksam machen. Ohne in alte Klischees zu verfallen: für mich bleibt eine offene Frage, ob die Selbstverständlichkeit, mit der insbesondere die

Bemerkung machen und glaube mich mit Herrn Vogel darüber verständigen zu können. Vielleicht ist das Bild zu gebrauchen, daß die Art des Beitretes ein chirurgischer Eingriff war, bei dem man die psychologischen Folgen nicht absehen konnte. Und wenn man sie abgesehen hätte, hätte man vielleicht einen anderen, behutsameren Weg gewählt.

Vogel: Wir können uns gut verständigen, wenn wir uns gleichzeitig darüber verständigen, wer der „man“ ist, und Mann oder Frau waren in diesem Fall die Menschen in der DDR. Die Folgerung hätte also lauten müssen, die westdeutsche Politik hätte den Menschen in der DDR sagen müssen, tretet nicht bei, wartet, läßt Euch Zeit.

Benz: Und wäre auf wenig Verständnis gestoßen.

Leutheusser-Schnarrenberger: Vor allen Dingen nach den Erfolgen, friedlich das System beseitigt zu haben.

Stiller: Herr Vogel hat gesagt, daß das Selbstwertgefühl die jungen Menschen hinter die Verfassung bringen würde. Selbstwertgefühl könnte man unter anderem auch durch Arbeitsplätze bekommen. Recht auf Arbeit war auch immer so eine Grundrechtsdiskussion.

Leutheusser-Schnarrenberger: Es ist schwierig zu beantworten, inwieweit ein Staatsziel des Rechts auf Arbeit dann auch tatsächlich entscheidende Veränderungen in der Realität bringen würde. Vielleicht wäre eine andere Atmosphäre, ein anderes Umgehen mit dem Thema da. Aber bei der Frage, wie schafft man Arbeitsplätze, gibt es nicht nur ein mögliches Rezept, viel eher ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Die Politik kann in diesem Bereich Anstöße geben.

Benz: In der Weimarer Zeit haben sich ja viele die Bestätigung in den Reihen der SA und NSDAP gesucht, die sie sonst nirgendwo finden konnten. Wir müssen uns immer klar machen, daß das Demokratiemodell, das zwischen 1945 und 1949 entwickelt wurde, im westlichen Teil der jetzigen Bundesrepublik so erfolgreich war, weil die Wirtschaft so rasch und unverhofft gut funktioniert hat. ■



Hans-Jochen Vogel: Grundgesetz als wertgestützte Ordnung

elektronischen Medien Tag für Tag Morde, Gewalttätigkeiten auch als Lösungen von Problemen erscheinen lassen, wirklich ohne jede Wirkung auf Menschen bleibt, die erst noch nach Orientierung suchen. Um nochmals das Problem der deutschen Einigung anzusprechen, sage ich mit aller Vorsicht: ich bin bereit, den Beitrag von Helmut Kohl zur staatlichen Einigung der Deutschen anzuerkennen und zu respektieren. Problematischer ist, daß er dann die wirtschaftliche und soziale Einigung mit diesen berühmten Äußerungen von den blühenden Landschaften schwer belastet hat. Außerdem wäre meines Erachtens nach der Einigung in einer gemeinsamen Verfassungskommission das zu leisten gewesen, was sonst in einem gemeinsamen Verfassungsrat an Beiträgen und Elementen aus der DDR gekommen wäre.

Benz: Ich möchte dazu gerne eine

Die Zukunft hat schon begonnen

Was bleibt von der Bonner Republik?

Die zweite Podiumsdiskussion unter Leitung von Gerhard Friedl, dem Chefredakteur und Leiter der Hauptabteilung Politik und Aktuelles des Bayerischen Rundfunks, lenkte den Blick in die Zukunft. Daran teilgenommen haben Sabine Kaspereit, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Norbert Frei von der Ruhr-Universität Bochum und Jean Paul Picaper, Deutschlandkorrespondent von „Le Figaro“.

Friedl: Wir wollen den Versuch machen, in die Zukunft zu schauen. Wie geht es weiter, nachdem die Bonner Republik zur Berliner Republik geworden ist? Was wird von der Bonner Republik bleiben bzw. was wird kontinuierlich in der Berliner Republik weiter bestehen? Arnulf Baring sagte zu diesem Thema: „Alles wird sich ändern!“ Inwieweit ist diese Feststellung treffend? Wird es Veränderungen geben, oder deutet der reibungslose Ablauf des Umzuges von Bonn nach Berlin darauf hin, daß es sich nur um eine geographische Verschiebung des Regierungssitzes handelt?

Kaspereit: Es ist natürlich etwas Neues nach Berlin zu gehen. Und ich denke auch, daß es eine neue Qualität in der Politik geben wird. Aber diese Veränderungen sind nicht am Parlamentsumzug festzumachen, sondern vielmehr in einem kontinuierlichen Wandel in den letzten Jahren. Die starken Blöcke und Bündnisse sind verschwunden; Politik muß man heute von einem globaleren bzw. europäisierten Blickwinkel aus betrachten und betreiben. Dafür könnte die Berliner Republik vielleicht ein Symbol werden. Die Arbeit des Parlamentes wird aber die gleiche bleiben, wie auch die Problematik im wesentlichen die gleiche bleiben wird. Ich erhoffe mir von einem Regierungssitz in Berlin aber auch, daß die Nähe zu den neuen Bundesländern ein Anlaß sein wird, sich intensiver und differenzierter mit den Problemen in Ostdeutschland



Gerhard Friedl: „Wird es Veränderungen geben?“

auseinander zu setzen. Und sicherlich wird die Berliner Republik auch ein Anlaß sein, um über die gesamtdeutsche Entwicklung - und die Entwicklung der Bevölkerung - erneut nachzudenken, um die Kluft zwischen den beiden deutschen Kulturen zu überwinden.

Friedl: Auf die Problematik von zwei deutschen Kulturen kommen wir vielleicht an anderer Stelle noch einmal zu sprechen. Wenn ich recht verstanden habe, Frau Kaspereit, so versprechen Sie sich von der Berliner Republik einerseits ein stärkeres Zusammenwachsen der ehemals getrennten deutschen Teile und andererseits eine Zunahme der Verantwortung der deutschen Politik in Europa und der Welt, die dem heutigen Deutschland angemessen ist. Wie stehen sie dazu Herr Professor Frei?

Frei: Die Frage der Veranstaltung lautete: „Was bleibt von der Republik?“ Da ich Historiker und kein Prognostiker bin, werde ich versuchen die Frage, was sollte bleiben bzw. was hat sich schon geändert, zu beantworten. Wie ich meine, sollte möglichst viel von der Bonner Republik auch in Berlin erhalten werden. Vor allem an den Grundlagen sollte nichts geändert werden, da der demokratische Basiskon-

sens in der Bevölkerung breiter denn je ist. Die deutsche Politik und auch die politische Kultur in Deutschland sind heute von einer gewissen Normalität und auch Gelassenheit gekennzeichnet. Das Konzept der 'wehrhaften Demokratie' hat an Überzeugungskraft eingebüßt. Es dient heute eher einer gesellschaftlichen Selbstberuhigung als der Abwehr einer objektiven antidemokratischen Bedrohungslage. Eine zivile Kontenance steht uns gut zu Gesicht. Insofern können wir auch den Umzug nach Berlin einigermaßen gelassen betrachten. Aber natürlich wird es Veränderungen geben. Insbesondere auf dem wirtschaftlichen Sektor. Jene hochgradige sozialstaatliche Abfederung aller ökonomischen Verwerfungen, wie sie für die alte Bonner Bundesrepublik charakteristisch war, wird sich eine in Berlin sitzende Regierung nicht mehr leisten können.



Norbert Frei: „Demokratie in Ostdeutschland vor einer Bewährungsprobe“

Dieser wirtschaftspolitische Wandel, der für uns alle neue Erfahrungen mit sich bringt, wird vor allem im Osten Deutschlands die Demokratie vor eine Bewährungsprobe stellen.

Friedl: Das Demokratieverständnis der Ostdeutschen beunruhigt mich weniger, denn auch in der Bundesrepublik wurde das Demokratiekonzept nach dem Zweiten Weltkrieg nur zögerlich angenommen. Dieser Lern- und Akzeptanzprozeß der Demokratie wird sich - ähnlich wie in Westdeutschland - mit einem wirtschaftlichen Aufschwung der neuen Bundesländer einstellen. Ich glaube sogar, daß

der Osten Deutschlands in 10 bis 15 Jahren zu einem der modernsten und potenziertesten Wirtschaftsstandorte in Europa wird. Und dies führt mich zu einer Frage an Herrn Picaper. Wie lebt es sich mit der Aussicht, daß fast 80 Millionen Deutsche wieder zusammen sind und daß hier eine Wirtschaftskraft entsteht, die eine der stärksten in Europa sein wird?

Picaper: Die Franzosen, auch die Engländer und viele der Holländer und Polen machen sich nur noch sehr wenig Sorgen über einen neuen Sonderstatus, den Deutschland anstreben könnte. Heute muß man keine Angst mehr vor Deutschland haben. Wenn ich mit Freunden und Bekannten in Frankreich telefoniere, so höre ich nur Begeisterung über den Umzug von



Jean Paul Picaper: Neue Akzente und Entscheidungen in Berlin

Bonn nach Berlin. Die Vorstellung, daß Deutschland der Erzfeind Frankreichs ist, gehört somit der Vergangenheit an. Herr Frei hatte vorhin von der neuen Gelassenheit und der einkehrenden Normalität in Deutschland gesprochen. Ich stimme dieser Aussage zu. Aber ich habe auch festgestellt, daß man in Deutschland für diesen Normalisierungsprozeß immer noch eine Bestätigung von den Nachbarn benötigt. Die Deutschen machen sich zu viele Gedanken über die Gedanken, die sich die anderen über sie nicht machen. Der Begriff „Berliner Republik“ klingt in meinen Ohren sehr martialisch. Sicherlich war Berlin in der Vergangenheit mehrfach die Hauptstadt des Krieges in Europa, aber

sie ist zu einer Hauptstadt des Friedens geworden. So will ich auch nicht der Berliner Republik die Bonner Republik gegenüber setzen, sondern vielmehr von der Bonner Demokratie als Gegenstück zu der Berliner Republik sprechen. Bonn war keine Republik,

„Die Deutschen machen sich zu viele Gedanken über die Gedanken, die sich die anderen über sie nicht machen.“

Jean-Paul Picaper

da Deutschland ein geteiltes Land war. Bonn war das Labor, das Versuchsfeld für die Demokratie. Deshalb war in der Vergangenheit ein Politikwechsel in Deutschland für seine Nachbarn auch immer ein Bedrohungspotential. Heutzutage ist das nicht mehr so. Der Staat, das Regime und die Regierungsform werden nicht mehr in Frage gestellt, auch dann nicht, wenn die politischen Mehrheiten oder die Hauptstadt wechseln. Berlin wird sicherlich neue Akzente setzen, und Berlin wird auch ein Entscheidungsort neuer Politik sein: Einerseits, weil die nationale Politik in Europa - und damit auch in Deutschland - in zunehmendem Maße von Brüssel bestimmt wird. Andererseits, weil Deutschland ein souveräner, in Europa integrierter Staat sein wird, der zum erstenmal in seiner Geschichte nur von Freunden umgeben ist. Die europäischen Nachbarn müssen vor Deutschland also keine Angst mehr haben.

Friedl: Wie Sie in Ihren Ausführungen sehr deutlich gemacht haben, ist Deutschland mittlerweile ein Staat geworden, der aufgrund seiner Integration in die Europäische Gemeinschaft - um es mit Ihren Worten zu sagen - „von Freunden umgeben“ ist. Diese Tatsache ist der Lohn dafür, daß wir Deutschen auf eine Sonderrolle in Europa bewußt verzichtet haben. Dieser Verzicht wird es uns wahrscheinlich auch in Zukunft ermöglichen, von Freunden umgeben zu bleiben. Dabei verpflichtet die geographische Mittellage der Bundesrepublik uns Deutsche vor allem zur Aufrechterhaltung von Frieden, Prosperität und Freiheit in Europa.

Kaspereit: Auf meine Äußerung von den zwei bestehenden deutschen Kulturen möchte ich nun doch etwas näher eingehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung Deutschlands orientierte man sich im Westen an den kulturellen, ökonomischen und identifikationsstiftenden Werten der Westalliierten. Dieser Wertewandel führte dabei zu einem fundierten Aufbau einer wirklichen Demokratie. Dies ist uns im Osten Deutschlands ver-



Sabine Kaspereit: Kluft zwischen den beiden deutschen Kulturen überwinden

weht geblieben. Die russischen Besatzer waren für uns kein Orientierungsmaßstab. Ein grundsätzlicher Wertewandel hat sich also nicht vollzogen, und ich wage die verwegene These, daß die Ostdeutschen deutscher geblieben sind als die Westdeutschen. Vielleicht ist das auch ein Erklärungsmuster für ostdeutsche Probleme, wie zum Beispiel für die spürbaren Vorbehalte Ostdeutscher gegenüber Ausländern - wobei ich nicht die radikalierte Ausländerfeindlichkeit meine.

Außerdem muß ich Professor Frei in einem Punkt widersprechen. In Ostdeutschland kann man von Gelassenheit und Normalisierung noch nicht sprechen. Insbesondere in Bezug auf den Kosovo-Konflikt sind die ostdeutschen Befindlichkeiten sehr ambivalent. Einerseits brachte dieser Konflikt zwei Einstellungen wieder zu Tage: a) die Ansicht, die NATO sei die Inkarnation des Bösen; und b) die Auffassung, von deutschem Boden dürfe niemals wieder ein Krieg ausgehen. Andererseits ist allen klar, daß man

nicht einfach bei derart massiven Menschenrechtsverletzungen wegschauen darf. Ich persönlich bin der Ansicht, daß wir nicht wegschauen dürfen und sogar verpflichtet sind, in diesen Konflikt einzugreifen. Diese Pflicht sind wir vor allem unseren Bündnispartnern schuldig.

Frei: Ich bin nicht der Meinung, daß wir unterschiedliche Ansichten vertreten. Als ich von dem politischen Normalisierungsprozeß sprach, habe ich den Blick aus dem Westen referiert. Auf Grund der unterschiedlichen politischen Sozialisation, die durch zwei verschiedene Gründungs- und Verlaufsgeschichten geprägt wurde, hat sich in den neuen Bundesländern natürlich ein anderes kollektives Gedächtnis entwickelt als in Westdeutschland. So haben 50 Jahre gelebte Geschichte in einer Demokratie eine ganz andere Wertfundierung als in Ostdeutschland. Deshalb glaube ich, daß Ostdeutschland das Hauptproblem der Bundesrepublik ist. Die politische Sozialisation durch die Westalliierten ist für das Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutschland nicht zu unterschätzen. Sie waren die Zeugungs- und Geburtshelfer für ein wertgebundenes und in den Westen integriertes Deutschland.

Friedl: Eine andere Alternative gab es sicherlich auch nicht für die Bundesrepublik. Ich muß Ihren Ausführungen allerdings in einem Punkt widersprechen. Ich glaube nicht, daß Ostdeutschland das Hauptproblem für das wiedervereinigte Deutschland ist. Sicherlich haben wir Schwierigkeiten, aber wer hat denn angenommen, daß diese Auseinanderentwicklung in zehn Jahren überwunden sein könnte. Außerdem ist Deutschland ein notorisch heterogener Staat. Einen Nationalstaat im französischen Sinne hat es bei uns nie gegeben. Die historischen, landschaftlichen und religiösen Unterschiede - die sich auch in der heutigen föderalistischen Struktur widerspiegeln - haben eine andere Staatsvorstellung geschaffen. Gewiß werden diese Unterschiede auch künftig bestehen bleiben, und wir werden damit wahrscheinlich auch immer ein Problem haben. Aber ich sehe dies nicht als unser Hauptproblem an. Geht denn von diesem Antagonismus eine Bedrohungsgefahr aus, müssen wir erwarten, daß sich Ostdeutschland wieder abspaltet? Ich glaube nicht! Es handelt sich hierbei um einen Anpassungsprozeß, der sicherlich durch die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt werden wird. Aber auch dann wird Deutschland immer ein heterogener Staat mit individuellen, bundeslandspezifischen Eigentümlichkeiten bleiben.

Kaspereit: Mich hat es jetzt kaum auf dem Stuhl gehalten, denn ich sehe in Ostdeutschland auch nicht das Hauptproblem. Es wäre mir auch sehr unrecht, das Problem jemandes zu sein, der sich dann furchtbar anstrengt muß, um dieses Problem - wie auch immer - zu lösen. Ich hoffe, daß wir in den neuen Bundesländern irgendwann aus eigener Kraft zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gelangen. Dieser Prozeß wird mit Sicherheit noch ein oder zwei Generationen andauern. Aber durch eine unaufgeregte Diskussion über die noch verbliebenen Unterschiede gelangt man zweifelsohne mit der Zeit zu einem gegenseitigen Verstehen. Ich hoffe, daß Berlin als Regierungssitz dazu entscheidend beitragen können wird.

Friedl: Wie wir gehört haben, gibt es noch viel zu tun. Jeder kann aber etwas zu diesem Anpassungsprozeß beitragen, wenn wir einander zuhören und uns gegenseitig verständigen, austauschen und miteinander diskutieren. Die Demokratie lebt von der Diskussion und die Demokratie lebt auch vom Kompromiß. Die Konsensbereitschaft, die wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit gezeigt haben, wird - so hoffe ich - auch in der Berliner Republik weiter bestehen bleiben. ■

(Siehe auch *Pressestimmen* S. 35)

Referenten und Podiumsteilnehmer:

Prof. Dr. Wolfgang Benz, TU Berlin

Dr. Warnfried Döttling, MinDir a.D., Publizist, München

Prof. Dr. Johann Eekhoff, Staatssekretär a.D., Universität Köln

Prof. Dr. Norbert Frei, Ruhr-Universität Bochum

Gerhard Friedl, Chefredakteur Hörfunk, Leiter der Hauptabteilung Politik und Aktuelles des Bayerischen Rundfunks, München

Prof. Dr. Christian Hacke, Universität der Bundeswehr, Hamburg

Sabine Kaspereit MdB, Merseburg

Ulrike Lautheusser-Schnarrenberger, MdB, Bundesministerin a.D., Tutzing

Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe

Jean Paul Picaper, Le Figaro, Bonn/Paris

Herbert Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung, München

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, Ludwig-Maximilians-Universität München

Michael Stiller, Süddeutsche Zeitung, München

Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a.D., München

Tagungsleitung: Dr. Michael Piazolo und Dr. Jürgen Weber, Akademie Tutzing

Die Soziale Marktwirtschaft - ein Modell für die Zukunft?

von Prof. Dr. Johann Eekhoff, Staatssekretär a.D. (*)

Mit zunehmendem Abstand vom „real existierenden Sozialismus“ und mit den immer weitergehenden Steuerungs- und Umverteilungseingriffen des Staates schwindet das Vertrauen der Menschen in die marktwirtschaftliche Ordnung. Gerade in den letzten Jahren hat das marktwirtschaftliche System einen dramatischen Akzeptanzverlust erlitten. Nach einer am 17. Juni 1998 veröffentlichten Allensbach-Umfrage haben nur noch 22 Prozent der Ostdeutschen und 44 Prozent der Westdeutschen eine positive Grundhaltung zu unserem Wirtschaftssystem. Im Jahre 1990 fanden nur 13 Prozent der Ostdeutschen den Sozialismus sympathisch; 68 Prozent hielten ihn für unsympathisch.

Soziale Flankierung nötig

Heute halten 41 Prozent der Ostdeutschen den Sozialismus für sympathisch und nur noch 36 Prozent für unsympathisch. Viele Politiker haben intensiv dazu beigetragen, das marktwirtschaftliche System zu diskreditieren. Sie reden ständig von einem sozial blinden Markt, von Marktversagen, von Problemen, die man nicht dem Markt überlassen könne, von einem herzlosen Gewinnstreben, von der sozialen Kälte des Marktes und davon, daß sie es leid seien, „die vom Markt angerichteten Schäden zu reparieren“. In Abwandlung eines Churchill-Zitats kann man sagen: Die Marktwirtschaft ist das schlechteste System, das wir kennen - mit Ausnahme aller anderen Systeme. Jeder Marktwirtschaftler wird unterstreichen, daß die Marktwirtschaft der sozialen Flankierung, der Ergänzung durch öffentliche Leistungen, der Korrektur externer Effekte wie etwa im Umweltbereich und nicht zuletzt einer klaren staatlichen Rahmenordnung bedarf. In diesem Rahmen hat sich die Marktwirtschaft nicht nur als ein besonders leistungsfähiges Steuerungs- und Koordinierungssystem erwiesen.

Diese Wirtschaftsordnung gewährt gleichzeitig ein hohes Maß an individueller Freiheit und an Rücksichtnahme auf besondere Interessen von Minderheiten.

Heute wird zwar nicht offen über das angemessene Ordnungssystem und die notwendigen Rahmenbedingungen für



Johann Eekhoff: Politiker diskreditieren das marktwirtschaftliche System

ein marktwirtschaftliches System gestritten, aber die marktwirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätze werden im Einzelfall gleichsam in kleinen Schritten außer Kraft gesetzt, um bestimmte Gruppen zu begünstigen, um parteipolitische Ziele zu verfolgen, um Aktivitäten nachzuweisen, um sich mit den Mitteln der Steuerzahler zu profilieren, um allgemein akzeptierte Ziele angeblich schneller zu erreichen usw.

Gerade weil unentwegt gegen ordnungspolitische Grundsätze verstoßen und dies in Gesetzen und Verordnungen festgeschrieben wird, leidet die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft, verringern sich die Chancen der einzelnen Bürger, ihre Probleme selbst zu lösen, und es entsteht der Eindruck eines Systemversagens. Deshalb muß eine neue Diskussion über die ordnungspolitischen Grundsätze in Gang

gesetzt werden, am besten ganz konkret an den einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, so daß die hohen Kosten der Regelverstöße offengelegt werden.

Angesichts der Umfrageergebnisse muß man besorgt fragen, wer sich noch für die marktwirtschaftliche Grundordnung und für die dazu passenden sozialpolitischen Prinzipien einsetzt. Was sollen Parteien, die Mehrheiten gewinnen müssen, unter solchen Bedingungen als Programm anbieten? Sind wir dabei, den Kontakt zur Gründung unserer immer noch jungen Demokratie und Marktordnung zu verlieren? Ist schon vergessen, welche verheerenden Wirkungen von der sozialistischen Wirtschaftsordnung in den 45 Jahren bis 1989 ausgegangen sind - von den menschenverachtenden Maßnahmen des politischen Zwangssystems ganz abgesehen?

Marktwirtschaft leistungsfähiger

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es um die Frage, ob das planwirtschaftliche oder das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem leistungsfähiger sei, und zwar leistungsfähiger sowohl bezüglich der Produktion, also der Effizienz, als auch bezüglich der Lösung sozialer Probleme. Im Vordergrund stand zunächst die schnelle Überwindung wirtschaftlicher Not. Jeder Vergleich mit den bis vor wenigen Jahren noch vorhandenen planwirtschaftlichen Systemen hat gezeigt, daß die Fehlplanung, die Vergeudung und die mangelnden Leistungsanreize in der zentralgelenkten Planwirtschaft nicht nur den Lebensstandard, sondern auch die soziale Absicherung und die Umweltqualität auf einem erschreckend niedrigen Niveau gehalten haben. Walter Eucken, Ludwig Erhard und andere liberale Ökonomen sind nicht zuletzt deshalb so vehement für die soziale Marktwirtschaft eingetreten, weil sie erkannten, daß soziale Fortschritte nur auf diesem Wege zu erzielen sind. Der wichtigste soziale Beitrag wird unmittelbar durch das marktwirtschaftliche System erbracht, indem die Fähigkeiten der Menschen genutzt werden und die meisten Menschen deshalb nicht auf eine Unterstüt-

(*) Auszüge

zung durch die Gesellschaft angewiesen sind, sondern sich aus eigener Kraft helfen können. Daneben haben die Väter der sozialen Marktwirtschaft aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß es für die Menschen, die trotz eigener Anstrengung nicht in der Lage sind, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften, die Sicherung eines Mindestlebensstandards durch die Gesellschaft geben muß.

Egoistische Umverteilung

Heute sind aber die Begriffe „sozial“ und „gerecht“ zu Kampfbegriffen für eine egoistische Umverteilung und eine hemmungslose Interessenvertretung geworden. Die Begriffe sind nicht mehr der ursprünglichen Idee vorbehalten, eine soziale Mindestsicherung zu gewährleisten, den wirklich Bedürftigen zu helfen und dabei weder willkürlich noch diskriminierend vorzugehen. Heute werden diese positiv besetzten Begriffe gezielt eingesetzt, um Verteilungsvorteile zu Lasten der Gesamtgesellschaft herauszuschlagen, um Besitzstände mit staatlicher Hilfe gegen einen Marktwettbewerb abzusichern, also um Privilegien und vorübergehend gewährte Hilfen auf Dauer zu erhalten sowie um Einfluß und Macht in staatlich geschützten Bereichen zu nutzen. ...

Das größte verteilungspolitische Problem in Deutschland, nämlich das zwischen den neuen und den alten Bundesländern, ist bis heute nicht befriedigend aufgearbeitet worden. Es findet keine offene Diskussion über angemessene Grundsätze statt. Das Thema wird tabuisiert. Wer sich dazu äußert und das Einhalten allgemeiner Grundsätze fordert, dem wird Verrat an der deutschen Einheit unterstellt. Meines Erachtens muß versucht werden, die deutsche Einheit in dem Sinne zu vollziehen, daß im Marktprozeß und in den Sozialsystemen einheitliche Maßstäbe angelegt werden und man sich auf einige wichtige zeitlich und finanziell begrenzte Maßnahmen für den Anpassungs- und Aufholprozeß in Ostdeutschland verständigt. ... Im Rentensystem wurde mit dem Einheitsvertrag eine großzügige sozialpolitische Regelung eingeführt, nämlich die Ostrenten in etwa an die Westren-

ten heranzuführen. Dieses Ziel ist erfreulich schnell erreicht worden. Die Renten der ostdeutschen Männer liegen bei 101 Prozent des Westniveaus, die Renten der ostdeutschen Frauen bei 135 Prozent des entsprechenden Westniveaus. Die sogenannte Eckrente in Ostdeutschland hat aber erst 86,7 Prozent der Eckrente in Westdeutschland erreicht, so daß noch ein rechnerischer Anpassungsbedarf von 13,3 Prozentpunkten besteht. Meines Erachtens muß ein Weg gefunden werden, künftig die Renten in Ost- und Westdeutschland nur noch in gleichem Maße zu erhöhen.

schaft durch die Lohnangleichungspolitik erheblich belastet.

Fehlanreize

Allgemein zeigt sich: Der Staat, die Bürger und die Verbände sind immer stärker mit Verteilungsfragen beschäftigt, die mit dem eigentlichen Anliegen der sozialen Absicherung nichts zu tun haben, die aber erhebliche Fehlanreize auslösen und zu neuen Ungerechtigkeiten führen. Diese Entwicklung kann nur gestoppt und umgekehrt werden, wenn es gelingt, sich wieder



SZ-Redakteur
Herbert Riehl-Heyse
Ist aus seinem neuesten
Buch: „Ach, du mein
Vaterland“ Gemischte
Erinnerungen an 50 Jahre
Bundesrepublik.

Ein besonders schwieriges Thema ist die Lohnangleichung, die sich noch immer am westdeutschen Durchschnitt orientiert. Bei funktionsfähigen Sozialsystemen gibt es keine ordnungspolitische Rechtfertigung für Löhne, die nicht am Markt erwirtschaftet werden können, sondern zu einem erheblichen Teil aus der Substanz des Staatsvermögens oder durch Subventionen getragen werden müssen - in jedem Fall vom Steuerzahler. Diese Praxis verhindert das Entstehen neuer Arbeitsplätze und ist gegenüber den Arbeitslosen nicht zu vertreten. Ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer und der Unternehmen hat den wirtschaftlichen und sozialen Schaden zu hoher Löhne erkannt und von den Tarifverträgen abweichende Löhne vereinbart. Die entscheidende Frage ist, ob nicht der Gesetzgeber, der Öffentliche Dienst und die Tarifparteien auf die Interessen der Arbeitslosen Rücksicht nehmen müssen. Abgesehen davon wird auch die Solidargemein-

auf klare Regeln für die Sozialpolitik zu besinnen. ...

Der Staat soll nur dann eingreifen, wenn der einzelne Bürger die Probleme nicht selbst lösen kann. Das bedeutet, daß die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit des einzelnen Bürgers möglichst wenig eingeschränkt werden sollte. Es ist nicht einzusehen, warum der Bürger in einer Zwangsversicherung mehr als eine Mindestaltersvorsorge betreiben muß. Ziel kann es nur sein, mindestens so weit vorzusorgen, daß der Bürger später nicht der Allgemeinheit zur Last fällt. Die darüber hinausgehenden Mittel mag der Bürger nach eigenem Gutdünken anlegen oder auch konsumieren. Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik mit einem hohen Niveau der Mindestsicherung ist eine leistungsfähige Wirtschaft, in der die entsprechenden Mittel erwirtschaftet und Chancen für viele Menschen geboten werden, für sich selbst zu sorgen. ■

Ein mächtiger Pfeiler im Bau der Republik

Die Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts für die freiheitliche Demokratie

von Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts (*)

In einer deutschen Tageszeitung konnte man kürzlich folgenden Satz über das Bundesverfassungsgericht lesen: „Das Bundesverfassungsgericht gehört zu den segensreichsten, in seiner Wirkung gleichwohl umstrittenen Organen des deutschen politischen Gefüges. Seine Urteile stellen zwar oft erst den Rechtsfrieden in einer umstrittenen Frage her, aber sie sind auch ebenso oft Anlaß, die deutsche Streitkultur bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu strapazieren“. Nach gut einjähriger Tätigkeit an dieser Institution konnte ich die Erfahrung machen, daß das Bundesverfassungsgericht über höchste Reputation in der Bevölkerung in Deutschland verfügt und mit Blick auf das Ausland zu einem echten „Exportschlager“ geworden ist.

Status des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht hat im Rechts- und Staatsleben der Bundesrepublik Deutschland eine hervorgehobene Stellung. Es ist nach § 1 Abs. 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ein allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof des Bundes. Damit hebt der Gesetzgeber den schon im Grundgesetz selbst angelegten, wenngleich dort nicht in vergleichbarer Ausdrücklichkeit herausgestellten Doppelstatus des Bundesverfassungsgerichts hervor. Nach dem Grundgesetz ist das Bundesverfassungsgericht Organ der rechtsprechenden Gewalt und Verfassungsorgan.

Die Stellung des Bundesverfassungsgerichts war nicht immer unumstritten. Seit dem in der ersten Hälfte der 50er Jahre geführten Status-Streit wird aber seine Rolle als „oberstes kollegiales Verfassungsorgan“ von keinem anderen Staatsorgan mehr in Zweifel gezogen. Die daraus resultierenden

Konsequenzen rechtlicher und faktisch-protokollarischer Natur sind seitdem weitestgehend geklärt.

Die Verfassungsbeschwerde

Das Bundesverfassungsgericht erreichen jährlich knapp 5.000 Verfassungsbeschwerden. Die Verfassungsbeschwerde ist der verfassungsrechtlich verbürgte besondere Rechtsbehelf



Hans-Jürgen Papier: „Das Bundesverfassungsgericht ist zum Exportschlager geworden“

Foto: BPA

eines jeden, der sich durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder seiner grundrechtsgleichen Rechte verletzt wähnt. Dieses Rechtsinstitut der Verfassungsbeschwerde hat wesentlich dazu beigetragen, daß das Bundesverfassungsgericht sowohl im Inland als auch im Ausland eine Reputation erlangt hat, auf die andere staatliche Organe immer wieder mit einem gewissen Neid schauen. Dabei bleibt der ganz überwiegende Teil der Verfassungsbeschwerden erfolglos. Weit über 90 Prozent aller Verfassungsbeschwerden (ca. 97 Prozent) werden nicht zur Entscheidung ange-

nommen, weil ihnen keine grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zukommt und weil dies auch nicht zur Durchsetzung der Grundrechte angezeigt ist. Letzteres liegt vielfach daran, daß die betreffenden Verfassungsbeschwerden unzulässig oder ersichtlich unbegründet sind.

Anfang 1998 waren beim Bundesverfassungsgericht noch insgesamt 3.409 Verfahren aus den Vorjahren anhängig. Im Verlaufe des Geschäftsjahrs 1998 sind 4.783 Neuingänge hinzugekommen (darunter 60 Senatsentscheidungen, 4.528 Kammerentscheidungen), 3.193 sind also noch anhängig (davon 3.016 Verfassungsbeschwerden, 146 Normenkontroll- und 31 andere Verfahren). Die Quote der erfolgreichen Verfassungsbeschwerden betrug 1998 2,62 Prozent. Diese Größenordnung entspricht denen der vergangenen Jahre.

Daß das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht als Garant der Freiheitsrechte nach wie vor so relativ hoch ist, beruht wohl darauf, daß das Bundesverfassungsgericht sich nicht gescheut hat, immer wieder konsequent einzutreten und allein die Existenz der Grundrechtsverfassungsbeschwerde durchaus eine präventive Schutzfunktion zu entfalten vermag.

Geltungskraft der Grundrechte

Die herausragenden Kontrollkompetenzen des Bundesverfassungsgerichts im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte ist vor dem Hintergrund der besonderen Rechtsgeltung der Grundrechte des Grundgesetzes zu sehen. Die Normativität der Grundrechte des Grundgesetzes ist durch eine Bindung aller staatlichen Gewalten gekennzeichnet. Grundrechtsgebunden ist also nicht nur die vollziehende Gewalt (Verwaltung und Ge-

(*)gekürzte Fassung

richtsbarkeit), sondern auch die Gesetzgebung. Damit knüpft das Grundgesetz an die Paulskirchenverfassung an, deren Grundrechtskatalog gleichfalls die Gesetzgebung binden sollte. Man folgte damals dem amerikanischen System, bei dem die materielle Übereinstimmung mit der Verfassung als Bedingung für Gültigkeit und Rechtsbeständigkeit des Gesetzes erklärt wurde. In dieser Frage gab es allerdings keine Kontinuität in Deutschland. Im Gegensatz zur Paulskirchenverfassung war in der Folgezeit nicht mehr das eben erwähnte amerikanische, sondern das von der seinerzeitigen Literatur sogenannte europäische System maßgeblich. Grundrechte besaßen nach 1948/49 für den Gesetzgeber keine unmittelbare Wirkung mehr, ihre Verwirklichung war vielmehr ohne zeitlichen und sachlichen Druck in das Belieben der jeweils zuständigen Legislativen gelegt.

Anknüpfung an die Paulskirche

In der Weimarer Zeit verschiebt sich die Geltungskraft der Grundrechte für den Gesetzgeber wieder ein wenig in Richtung auf den unmittelbar bindenden Verfassungsvorrang, den die Paulskirchenverfassung gewollt hatte. Im großen und ganzen ergibt sich aber eine Traditionverbundenheit mit dem bis 1918 herrschenden Grundrechtsverständnis, die besonders manifest wird, wenn man die Grundrechte näher betrachtet, die als unmittelbar geltendes Recht angesehen wurden. Für die Weimarer Republik läßt sich in bezug auf die Grundrechtsgeltung eine deutliche Verknüpfung mit der Tradition der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts feststellen, die hinter den Vorstellungen der Paulskirchenverfassung deutlich zurückblieb. Erst das Grundgesetz knüpft - wie bereits erwähnt - an diese Paulskirchenverfassungstradition an. ■

50 Jahre Grundgesetz:

Erfolgsmodell mit kleinen Webfehlern Historisches und Aktuelles zum Geburtstag der Bundesrepublik

Just an dem Ort und dem Tag, an dem vor 50 Jahren eine Mehrheit des Landtags den Grundgesetzentwurf für die Bundesrepublik abgelehnt hatte, konnte Akademiedirektor Oberreuter die eintägige Fachkonferenz im Bayerischen Landtag über die „Erfolgs geschichte Grundgesetz“ eröffnen. Eine freilich „risikolose Ablehnung“, wie der Historiker und Journalist Peter J. Kock betonte, denn eine Zweidrittelmehrheit der anderen Länder war gesichert und für diesen Fall beschlossen die Bayern die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für den Freistaat.

Oberreuter wies in seiner kurzen Einführung darauf hin, daß die Verfassungsdiskussion der Jahre 1948/49 eine reine Elitendiskussion gewesen sei, an der die breite Bevölkerung, die andere - existentielle - Sorgen drückten, nicht teilnahm. Wichtig sei die Abkehr von Weimarer Modellen: die Errichtung einer wertgebundenen Ordnung und einer wehrhaften Demokratie einschließlich der Rechtsbindung der Politik seien einschneidende Konsequenzen aus Fehlentwicklungen der gescheiterten Weimarer Demokratie gewesen. Der Staat sei ein Diener und jetzt um des Menschen willen da, nicht umgekehrt. Hier sah Oberreuter auch einen entscheidenden Wandel zum heutigen Staatsverständnis, das von hohen Erwartungen geprägt sei.

Bayerischer Einfluß

Der Historiker Karl-Ulrich Gelberg zeichnete den bayerischen Einfluß auf die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes nach und gab ihm auch gleich einen Namen: Ministerpräsident Hans Ehard. Er hatte seinen Vertreter im Parlamentarischen Rat, den Chef der Staatskanzlei Anton Pfeiffer weisungsgebunden. Kock wandte sich gegen den „unausrottbaren Mythos“, Bayern wollte einen „alpenländischen Sonderweg“ gehen: „Ehard wollte keine Ablehnung des Grundgesetzes. Er war gegen bayerischen Separatismus und verknüpfte sein politisches Schicksal mit der Zustimmung zur Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes trotz Ablehnung.“ Auch der damalige CSU-Generalsekretär Franz-

Josef Strauß forderte „kein billiges Nein“. Nur so war es der CSU trotz „risikoloser“ Ablehnung möglich, ab 1949 in die Regierungsverantwortung im Bund eingebunden zu werden. Beide Referenten hoben hervor, daß die Bayernpartei - Monarchisten und Patrioten auf strammem Heimatkurs - nicht in die Verfassungsberatungen eingebunden war. Diese CSU-Dissidenten und Spaltpilze setzten der CSU



Karl-Ulrich Gelberg: „Der bayerische Einfluß hatte einen Namen: Hans Ehard“

Fotos: Schröder

schwer zu und errangen bei der Bundestagswahl 1949 knapp 21 Prozent, während die CSU im Vergleich zu den Landtagswahlen von 52 auf 29 Prozent zurückfiel.

Aushöhlung der Länderkompetenzen

Den aktuellen Standpunkt der Staatsregierung zum kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik und zu Fragen der europäischen Integration formulierte Staatsminister Reinhold Bocklet. Er beschrieb, daß die unitarischen Tendenzen des Bundesstaats



Staatsminister Reinhold Bocklet:
„Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa“

zunehmend die Länderkompetenzen aushöhlen. Seien ursprünglich nur 13 Gesetze auf Bundesratsebene zustimmungspflichtig gewesen, seien es heute über 60 Prozent. Kompetenzverflechtungen, Mischfinanzierungen und Gemeinschaftsaufgaben behinderten und lähmten den Wettbewerb im Föderalismus der Gegenwart. „Die Dominanz der Bundesstaatlichkeit ist erdrückend“, sagte der Minister. Er unterstrich noch einmal die bayerischen Forderungen nach einer Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs. Nicht nur Bayern beklage inzwischen, daß die europäische Verwaltung immer mehr und zuviele Kompetenzen an sich ziehe. „Gut die Hälfte aller deutschen Gesetze hat inzwischen Brüsseler Ursprünge“. Diese „Allerweltsintegration“ habe zur Folge, daß inzwischen ein Drittel der Europäer nicht mehr glaube, daß die Europäische Union ihrem Land nütze. Europa brauche die Einheit aus der Vielfalt, entweder es werde hochföderal oder überhaupt nicht: „Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Eu-

ropa!“ Die bayerische Staatsregierung sage Ja zu Europa, aber nicht uneingeschränkt Ja zu allem aus Brüssel. Demokratie, die strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und Föderalismus seien die Ziele bayerischer Politik für Europa.

Plebiszitäre Elemente

In einer Diskussionsrunde der Landtagsfraktionen meinte Klaus Hahnzog (SPD), der Bund und das Grundgesetz könnten von Bayern und der Bayerischen Verfassung lernen und forderte erneut den Einbau plebiszitärer Elemente und sozialer Grundrechte in das Grundgesetz. Zugleich forderte er den Beginn einer europäischen Verfassungsdiskussion. Auch Ulrike Gote (Bündnis 90/Grüne) schloß sich der

vom Zugewinn im eigenen Land bleiben und der Rest in den allgemeinen Ausgleichtopf wandert, dann stimmt was nicht.“ Das jetzige System bestrafe den Fleißigen und belohne den Faulen.

In einer Runde der Zeithistoriker betonte der Nestor der deutschen Zeitgeschichte, Karl-Dietrich Bracher aus Bonn, die fundamentalen Unterschiede der Weimarer und der Bonner Verfassung. Das Grundgesetz sei eine Verfassung gegen die Diktatur, aus den Konstruktionsfehlern von Weimar hätten Verfassungsväter und -mütter gelernt. Er betonte die Wertbindung der Verfassung, die Abschaffung plebiszitärer Elemente, die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums, die Entmachtung des Präsidenten, die Anerkennung der Parteien, die unver-



Die Landtagsabgeordneten Ulrike Gote (B90/Grüne) und Klaus Hahnzog (SPD): „Plebiszitäre Elemente ins Grundgesetz einbauen“

Forderung nach Einführung direkter Demokratie-Elemente an, z. B. bei der Wahl des Bundespräsidenten, und mahnte ein deutlicheres Ja zum Föderalismus in Europa: „Dieses bewährte deutsche Modell sollte auf Europa übertragen werden.“

Manfred Weiß (CSU) bemerkte „Webfehler“ beim historisch gewachsenen föderalen Aufbau der Bundesrepublik: „Nicht alle Länder sind gleich leistungsfähig.“ Deshalb brauche man eine Reform der Ländergliederung und des Länderfinanzausgleichs: „Gute Politik muß sich für die Länder wieder lohnen. Wenn nur 10 Prozent

änderbaren Strukturprinzipien Demokratie, Rechts- und Sozialstaat sowie Föderalismus und den Gedanken der streitbaren und wehrhaften Demokratie.

Horst Möller, Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, wandte sich gegen den Begriff der Restauration: Es gab nie eine Stunde Null. Das Neue dominierte. Was hätte denn restauriert werden können?“ Obrigkeitswahn und Militarismus seien verschwunden, ganze soziale Schichten - ehemals tonangebend wie die Junker - seien weggebrochen. „In Not und Zerstörung gab es einen Zwang zu

sozialer Solidarität. Flucht und Vertreibung bedingten gesellschaftliche Integration.“ Die soziale Marktwirtschaft führte zu Wohlstand und Ausgleich. Die politische Stabilität war das Ergebnis. Außenpolitisch sei die Bundesrepublik keinen Sonderweg gegangen. Der Nationalstaat entfiel, die politische und militärische Westintegration war die Folge. Möller kritisierte die Vielzahl von Verfassungsänderungen der letzten 50 Jahre und sieht deren Wirkungen eher negativ. Das Grundgesetz solle man nicht mit Details aufladen, sondern die eher der einfachen Gesetzgebung überlassen. Als positives Gegenbeispiel nannte er die USA, die in über 200 Jahren Geschichte mit deutlich weniger Verfassungsänderungen ausgekommen seien.



Gerhard A. Ritter: „Sozialstaatliche Substanz“ der Gründungsphase

Wunder der Integration

Unter dem Motto „Erfolgsmodell ohne Erfolgsbewußtsein?“ diskutierten abschließend Wissenschaftler aus den alten und neuen Bundesländern die aktuelle Verfassung unserer Verfassung. Gerhard Ritter, renommierter Historiker aus München hob die „sozialstaatliche Substanz“ der Gründungsphase hervor: das politische Wunder der Integration von 12 Millionen Flüchtlingen, der Abschied von der Proletarität, die noch die Weimarer Republik geprägt und mit hat scheitern lassen, das Verschwinden ganzer Milieus und die völlige Veränderung

der Stellung der Frau in der Gesellschaft.

Der Berliner Theologe und frühere SPD-Fraktionsvorsitzende in der frei gewählten DDR-Volkskammer Richard Schröder meinte, in den neuen Bundesländern überwiege die Diskussion um soziale Gerechtigkeit und deshalb sei auch keine überragende Zufriedenheit oder gar ein Verfassungsbewußtsein zu erkennen. Die rechtsstaatlichen Fortschritte sähen natürliche direkt von der Diktatur Betroffene anders. Wenig Verständnis im Westen sieht Schröder für das streitige Element im Einigungsprozeß: „Wir streiten zwar, aber niemand denkt an Ausziehen und an Scheidung schon gar nicht!“ Eine Volksabstimmung über die neue, gemeinsame Verfassung wäre nach seiner Ansicht sinnvoll und für die Integration hilfreich gewesen. Und die Gefahr einer Ablehnung hätte nicht bestanden: „Auf dem Standesamt kann man ja auch nur Ja sagen.“

Probleme der Einheit

Christian Hacke, Politikwissenschaftler aus Hamburg, erkannte in der 50jährigen Geschichte der Bundesrepublik außenpolitisch zwar eine große Erfolgsgeschichte, aber kein Modell. „Es war außenpolitisch eine Revolution, die Bundesrepublik binnen fünf Jahren gleichberechtigt in die westliche Völkerfamilie zu integrieren. Westbindung und atlantisches Bündnis wurden das außenpolitische Grundgesetz.“

Christian Hacke

nal abgerüstet“ hatten. Im Westen sei die Vereinigung nur als administrativer Vorgang betrachtet worden. Er sprach vom „richtigen Leben im Falschen“ und mahnte: „Wenn wir nicht



Hermann Rudolph: „1989 ist vom Westen kein nationaler Input ausgegangen“

hinkriegen, daß die Leute im Osten auch ordentlich ihre Arbeit gemacht haben und das auch anerkannt und gewürdigt wird, kriegen wir keine innere Einheit!“

Schröder sah im übrigen mehr Verständigungsprobleme zwischen den

Der Berliner Journalist und „Tagespiegel“-Herausgeber Hermann Rudolph kritisierte, daß 1989 vom Westen kein nationaler Input ausgegangen sei, da die Westdeutschen „natio-

Michael Schröder

Ostdeutschen selbst als zwischen West- und Ostdeutschen: „Wenn wir schon auf nichts stolz sein können, dann sind wir wenigstens die moralisch besseren Menschen!“ Am meisten seien übrigens die Lehrer ressentiment-geladen: nämlich von dem Resentiment, nicht Recht gehabt zu haben. ■

Daily Soaps:

Die unendlichen Geschichten

Programmacher, Wissenschaftler und Pädagogen
über die Dramatisierung des Alltäglichen

Die täglichen Serien des Vorabendprogramms - die „Seifenopern“ nach ihrem amerikanischen Vorbild *daily soaps* - teilen die fernsehende Nation in Fans und Kritiker: für die einen ist es der unverzichtbare Bestandteil des Fernsehabends - dies ist kein kleiner Teil: Allein an einem Montagabend waren unter den 20 meistgesehenen Sendungen drei Daily Soaps: Auf Platz 3 das erfolgreichste Format „Gute Zeiten - Schlechte Zeiten“ (RTL) mit rund fünf Millionen Zuschauern, der „Marienhof“ (ARD) mit etwa 2,5 Millionen auf Platz 15 und die „Verbotene Liebe“, ebenfalls ARD, mit 2,4 Mill. auf Platz 18. Zusammen rund 10 Millionen Zuschauer allein an einem Abend. Zum Vergleich: die Nachrichtensendungen „Tageschau“ und „heute“ erreichten an diesem Abend zusammen 11 Millionen Zuschauer. Und das in der Zeit des Kosovo-Kriegs, in der verstärkt Informationsprogramme genutzt wurden.

Für die kulturkritische Seite der Soap-Gegner sind die Serien Sinnbild für den Untergang der Zivilisation. Dümmliche Dialoge, billige Kulissen, schlechte Schauspieler, hanebüchene Handlungen. Das sind die oft gehörten Vorwürfe. Wie kann sich ein vernünftiger Mensch so etwas anschauen? Warum vergeuden Millionen von Teenagern tagtäglich ihre Freizeit mit einem solchen Nonsense? lauten dann die Fragen.

Die medienpädagogische Fachtagung wurde zum ersten Mal gemeinsam mit den Medienarbeitskreisen des Staatsinstituts für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB) organisiert. Darin sind rund 50 Multiplikatoren der Medienforschung und -pädagogik zusammengeschlossen. Das offene Programm hatte darüber hinaus breite Resonanz bei Schülerzeitungsredakteuren, Soap-Fan-Clubs und Lehrern gefunden, was die richtige Themenwahl der Tagung unterstrich.

Trend zur Individualisierung

Der Medienforscher und Soziologe Dr. Udo Göttlich vom Rhein-Ruhr-Institut der Gesamthochschule Duisburg begann mit der These, daß durch die Dramatisierung sozialer Beziehungen in *daily soaps* gesellschaftliche Trends der Individualisierung, Kom-

merzialisierung und Erlebnisseigenerung aufgegriffen und damit potentiell zu Orientierungsmustern werden.



Medienforscher Göttlich: Soaps als fester Bestandteil der Populärkultur

Das duale, kommerzialisierte bundesdeutsche Fernsehsystem bedinge einen Trend zur Angleichung der Inhalte und Qualität: „Die diversen Pfarrer-, Ärzte- und Familienserien sind zwischen den Anbietern beliebig austauschbar.“ Es komme zu einer globalisierten Beschleunigung und Standardisierung der Angebote. Fernsehunterhaltung verweise verstärkt auch auf Werbebotschaften und unterstütze den Auf- und

Ausbau des Werbeumfelds sowie den Einsatz neuer Werbeformen.

Die Phase deutscher Soap-Eigenproduktionen begann 1992 mit „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ (RTL) und erlebte 1997 ihren vorläufigen Höhepunkt mit sieben verschiedenen Angeboten pro Tag. Seit Ende April 1999 gibt es derzeit fünf *daily soaps*, die täglich rund 14 Millionen Zuschauer erreichen, darunter etwa 20% der Zielgruppe der 14-29-jährigen. Diese Programme bestimmen nicht nur den Tagesablauf der Jugendlichen, sondern bilden auch eine Folie für die Alltagskommunikation: „Soaps sind zu einem festen Bestandteil der Populärkultur geworden“, so Göttlich.

„Zopfdramaturgie“

Während der frühere BR-Hörfunkdirektor Ernst Emrich in der Diskussion betonte, früher galt als Grundgesetz der Programmacher „Alltag ist langweilig“, wies Göttlich darauf hin, daß gerade bei den Soaps der Alltag als Gegenstand der Dramatisierung entdeckt worden sei. Dabei geht es vornehmlich um die Zurschaustellung von individuellen Haltungen, Lebensstilen und Beziehungsformen: etwa in Partnerschaft, Ehe, Familie, Schule und Beruf. Maßgeblich sei der beständige Austausch bzw. Wechsel von Ort und Akteuren bei jedem Szenenwechsel. In jeder 25-minütigen Folge gibt es 14 bis 18 Bilder, die sich auf drei bis vier Handlungsstränge verteilen. Eine Vielzahl von mosaikhaft aufgebauten und ineinander verschachtelten Strängen münden am Schluß jeder Folge in den typischen „cliffhanger“, der eine spannende Szene unterbricht und neugierig machen soll auf die Fortsetzung. So werden unendliche Geschichten erzählt. Geissendorfer, der Erfinder der „Lindenstraße“, spricht von „Zopfdramaturgie“.

Stereotype Charaktere und sich ständig wiederholende Rollenklischees bilden die Folie, auf der die Personalisierung von Themen und Konflikten in den Soaps aufbaut. So sind zukünftige Handlungen besser planbar. Der Zuschauer kann sich leichter orientieren und Wissen über Personen besser aneignen.

Neben der Personalisierung ist die Privatisierung ein typisches Darstellungsmittel. Konflikte und Probleme gründen im Privaten: Mißtrauen, Neid, Intrigen und Eifersucht bilden die Basis. Gesellschaftliche Ordnungsinstanzen oder Institutionen werden dagegen kaum zur Lösung herangezogen. Probleme, bei denen diese aber nötig wären, treten eben gar nicht auf. Astrid Möller, „Marienhof“-Autorin und Regisseurin: „Wir können und wollen nicht Stellung nehmen zu gesellschaftspolitischen Problemen. Wir sind nicht für oder gegen Abtreibung. Daran mogeln wir uns vorbei.“

werden betreut. Mit den Serien-Stars werden spezielle „Events“ veranstaltet und wiederum im Fernsehen ausgestrahlt. Schließlich wird auch die Musik der Soaps zu einem kommerziellen Erfolg. Mode und Musik kommt dabei ein herausragender Stellenwert zu.

Welche Wirkung haben nun diese Serien auf Denken und Verhalten gerade der jüngeren Zuschauer? Bei aller Vorsicht läßt sich schließen, daß die gebotenen Inhalte einen Orientierungspunkt bieten. Bestimmte Mode- und Konsumstile werden übernommen. An Stelle von Inszenierung von

„Wir können und wollen nicht Stellung nehmen zu gesellschaftspolitischen Problemen. Wir sind nicht für oder gegen Abtreibung. Daran mogeln wir uns vorbei.“

Astrid Möller

Sendungen	Altersgruppen	Marktanteile deutscher eigenproduzierter Daily Soaps	
		Marktanteil in % Frauen	Marktanteil in % Männer
Gute Zeiten, schlechte Zeiten (RTL)	14-29 Jahre	47,3	32,1
	30-49 Jahre	31,0	22,6
	50 Jahre und älter	13,4	9,5
Unter uns (RTL)	14-29 Jahre	33,1	14,3
	30-49 Jahre	22,7	13,5
	50 Jahre und älter	14,8	8,3
Verbotene Liebe (ARD)	14-29 Jahre	33,5	17,3
	30-49 Jahre	18,8	13,7
	50 Jahre und älter	21,4	16,3
Marienhof (ARD)	14-29 Jahre	34,2	17,7
	30-49 Jahre	18,8	13,0
	50 Jahre und älter	17,5	12,2

Quelle: SWR Medienforschung 1998,

Zeitraum: 16.11. - 29.11.1998 (jeweils 10 Sendungen)

Wenn Handlungen zu kompliziert werden oder ein Darsteller will aussteigen aus der Produktion, kommt es schon einmal zu plötzlichen Todesfällen oder geheimnisvollem Verschwinden.

Kult-Marketing

Eine besondere Rolle spielt das „Kult-Marketing“ rund um die Serien: Die Sendungen werden ständig von PR-Maßnahmen begleitet, Produkte mit dem Serien-Logo werden vermarktet, Fan-Zeitschriften mit Geschichten über die Darsteller bringen Geld in die Kassen der Produzenten, Fan-Clubs



Zeichnung: Tomaschoff

Blick hinter die Kulissen der täglichen Seifen-Produktion



Martin Bach
(stellvertretender „Marienhof“-Produzent):
Programmsicherheit

Keine andere Sendeform ist so von den Produktionsmöglichkeiten abhängig wie die Daily Soaps. 250 Folgen pro Jahr á 25 Minuten bedingen einen effektiven und arbeitsteiligen Herstellungsprozeß. Produktionskosten von 7000 Mark pro Sendeminute dürfen nicht überschritten werden. Eine Folge muß mit etwa 125 000 Mark auskommen. Zum Vergleich: Ein „Tatort“ hat 25 000 Mark pro Minute zur Verfügung. Oberstes Gebot ist die Programmsicherheit. Für jeden Werktag muß eine Folge fertig sein. Wir als Produzenten arbeiten mit Jahresverträgen. Absprachen über die Zukunft des „Marienhofs“ gibt es bis in das Jahr 2001. Leerlaufzeiten von Team und Studio müssen so gering wie möglich sein. Die Mannschaft einschließlich Schauspieler umfaßt etwa 125 Mitarbeiter. Zwei Drehtäme

arbeiten mit vier Regiestäben: eines sitzt an der Vorbereitung des nächsten Blocks, ein zweites ist beim Drehen, ein Regisseur sitzt an der Nachbearbeitung und einer ist in der Regenerationsphase bzw. fungiert als Ersatzmann. Fünf Wochenfolgen werden als ein Block gedreht. Bei der Reihenfolge richten wir uns nach Motiven, Kulissen und Schauspielern. Gedreht wird unabhängig vom späteren Sendebetrieb. 40 permanente Dekorationen stehen in der großen Halle und 15 in einer kleinen. Pro Woche leisten wir uns einen Außendrehtag, um nicht nur Studiokulisse zu haben. Etwa 40 Schauspieler gehören zum Hauptcast. Wir arbeiten nach dem „Leuchtturmprinzip“, d.h. zehn Figuren stehen im Vordergrund, treten dann aber zeitweise wieder in den Hintergrund der Handlung. Das bietet dem Zuschauer Abwechslung und schafft den Teams Entlastung und Ausgleich.



Astrid Möller
(„Marienhof“-Autorin):
Abstimmung



Enrique Sanchez-Lansch
(supervising producer bei Grundy UFA, produziert unter anderem „Gute Zeiten - schlechte Zeiten“ und „Verbotene Liebe“): **Arbeitstellung**

Das „Fünf-Folgen-pro-Woche“-Schema diktieren den Rahmen der Produktion. Organisation und logistische Bewältigung des komplizierten Produktionsprozesses sind dabei das halbe Leben. Auch wir praktizieren eine Arbeitsteilung: Wir haben unsere festangestellten Geschichtenersteller, die sog. story-liner. Sie arbeiten die ganze Woche im Team zusammen. Sie entwerfen die Szenenabriss (story-line) für einen Block von fünf Folgen. Sto-

ry-Editoren überprüfen die Inhalte auf Schlüssigkeit und Stimmigkeit zwischen den Handlungssträngen. Sie verfeinern diese Stränge, von denen gleichzeitig sechs oder sieben parallel in einer Woche laufen. Erst danach kommen unsere Dialogautoren, die draußen im Lande verteilt sind. Ihre Dialogbücher sind Grundlage für die Dreharbeiten. Kommunikation und ständige Abstimmung sind das Wichtigste bei einem so komplizierten und vielschichtigen Prozeß wie der Produktion einer Daily Soap.

Ohne fest reglementierte Produktionsabläufe funktioniert die „Fabrik Marienhof“ nicht. Es gibt enge und strenge Korsetts, in deren Rahmen die Geschichten entstehen. Wir sind zehn freie Autorinnen, seltsamerweise schreiben derzeit nur Frauen. Aber die Serie strotzt ja auch vor Emotionen. Wir sind die Grundurheber der Handlungsstränge, die sog. Outliner. Es gibt viele Figuren mit verschiedenen Charakteren und Eigenschaften. In der regelmäßigen „Spinne-Sitzung“ spinnen wir. Wir überlegen uns, was kann denen jetzt passieren. Wir orientieren uns dabei sehr am Tagesgeschehen und an Geschichten aus dem Bekanntenkreis. Inzwischen sind die Figuren unsere Familie geworden. Wir begleiten sie und leben mit ihnen. Wenn ein Schauspieler aufhören will: Wie schreiben wir ihn raus? Oder soll er vielleicht in einem halben Jahr wieder beschäftigt werden? Den dürfen wir dann nicht sterben lassen. Wir schicken ihn irgendwohin, von wo er zurückkommen kann. Die Abstimmung zwischen Produktion und den Autorinnen ist sehr wichtig und auch regelmäßig. Für wen brauchen wir dringend neue Geschichten? Nach der „Spinne-Sitzung“ bekommt jede Autorin zwei oder drei Figurenlinien mit nach Hause und fängt an zu schreiben. Fünf Folgen als Wochenblock auf einmal. Dafür haben wir fünf Tage Zeit. Danach gibt es die Abstimmung mit den Dramaturgen, die die einzelnen Blöcke zusammenhalten und aufpassen, daß alles zueinander paßt. Die Dialogautoren kommen anschließend und schreiben nach unseren Ideen und Vorgaben die genauen Dialoge. ■

Politische Wirklichkeit jenseits des medialen Scheins vermitteln

Sozialkundelehrer informieren sich über Medien und Politik

Der Einfluß der Massenmedien auf die Politik und umgekehrt - das war der rote Faden der sich durch eine facettenreiche Fortbildung für Sozialkundelehrer zog. Der Themenbogen war reich gespannt: von grundlegenden Überlegungen, welche Möglichkeiten politische Bildung überhaupt noch in der Mediengesellschaft hat, über Vermittlungsprobleme von zeitgeschichtlichen Themen im Fernsehen und die Inhaltsanalyse von Unterhaltungsserien bis hin zu den Möglichkeiten, Grenzen, Chancen und Risiken des neuen Mediums Internet im Sozialkundeunterricht reichte das Spektrum der Tagung, die in Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen durchgeführt wurde.

„Teledemokratische Fürstenherrschaft“

Der Koblenzer Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, einer der führenden Vertreter im Themendreieck „Politik-Medien-politische Bildung“ erläuterte seine Kernthese, daß sich unser politisches System von einer parlamentarisch-repräsentativen in eine medial-präsentative Demokratie verwandelt habe. Er registrierte eine „schleichende, aber folgenreiche Systemveränderung, in dem es immer mehr auf das politisch-mediale Design denn auf das politische Sein ankäme. Die Bundesrepublik sei auf dem Weg zur „teledemokratischen Fürstenherrschaft“ und in der Mediendemokratie würde die „Legitimation durch Verfahren“ abgelöst vom „plebiszitären Schulterschluß“. Aus diesen veränderten Rahmenbedingungen leitete er



Guido Knopp: „Hitlers Helfer“ in der Kontroverse (links Tagungsleiter Michael Schröder)

Wirklichkeit jenseits des medialen Scheins zu vermitteln. Und vor allem müßten die bisher zu wenig genutzten Chancen der politischen Interaktivität neuer Medien ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden, um so mehr Partizipation am politischen Prozeß zu ermöglichen.

„Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zur ‘teledemokratischen Fürstenherrschaft’ und in der Mediendemokratie wird die ‘Legitimation durch Verfahren’ abgelöst vom ‘plebiszitären Schulterschluß’“

Ulrich Sarcinelli

u.a. die zukünftigen Aufgaben politischer Bildung ab: mit der Gewichtsverschiebung von der „Politikherstellung“ zur „Politikdarstellung“, von der politischen Repräsentation zur medialen Präsentation habe politische Bildung vor allem auch die politische

Die erfolgreiche ZDF-Reihe „Hitlers Helfer“ von Guido Knopp war Anlaß für kontroverse Diskussionen über die Vermittlung von Zeitgeschichte im Fernsehen. Der Autor erläuterte mit Einschaltzahlen den Erfolg seines Konzepts, zeitgeschichtliche Fakten

populär unter die Massen, darunter auch viele junge Leute, zu bringen. Kritik entzündete sich vor allem an den „szenischen Zitaten“, also mit Schauspielern nachgedrehten Szenen, wenn kein Originalfilmmaterial vorliege. „Von Eichmann gibt es praktisch keine historischen Aufnahmen. Sollen wir deswegen auf ihn in dieser Reihe verzichten?“ fragte Knopp. Einige Teilnehmer fanden, daß die Filme zu wenig Distanz zum NS-Propagandasystem hielten, indem sie z.B. die berühmte Sportpalast-Rede Goebbels („Wollt Ihr den totalen Krieg“) lediglich zitierten, ohne die dahinterstehende Inszenierung zu entlarven. Eine Mehrheit der Geschichtslehrer

meinte allerdings auch, daß man dankbar sein müsse, wenn das Massenmedium Fernsehen in solcher Art und Weise Interesse für historische Themen wecke. Dies sollte man unbedingt aufnehmen, denn eine Nachbereitung mit den Schülern sei unerlässlich. Nach dem TV-Konsum beginne die Arbeit der Lehrer.

Schattenseiten der Datenautobahn

Breiten Raum nahmen die neuen Möglichkeiten des Internets im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht ein. Akademiedozent Michael Schröder erläuterte, wie das Internet als Recherche- und Informationsmedium für den Lehrer funktioniert und gab Surf-tips für den Politikunterricht mit einschlägigen Internetadressen.

Günther Neumann vom Gymnasium Straubing zeigte Beispiele, wie Schü-

ler das Internet im Unterricht nutzen können (<http://home.t-online.de/home/guenther.neumann.sr/person.htm>).

Toni Siegert, Online-Redakteur beim Bayerischen Rundfunk stellte vor, wie ab Herbst 1999 das neue College-R@dio des BR funktioniert (<http://www.br-online.de/bayern2>) und multimediale Materialien für Lehrer und Schüler bereitstellen wird.

Ausgewählte Internetadressen für den Politikunterricht:

**Kostenlose Mediadatenbanken/
Zeitungarchive/Nachrichten:**
Süddeutsche Zeitung (30-Tage-Archiv) (<http://www.sueddeutsche.de>)
Berliner Zeitung (<http://www.berlin-online.de>)
DER SPIEGEL (<http://www.spiegel.de>)
STERN (<http://www.stern.de>)
DIE WELT (<http://www.welt.de>)
Bayerischer Rundfunk (<http://www.br-online.de/news/aktuell/index.html>)
Germany-live (<http://www.germany-live.de>)
DIE ZEIT (<http://www.zeit.de>)
Focus (<http://focus.de>)
Inhalte deutscher Tageszeitungen: <http://www.paperball.de>

Statistik-Information:

Statistisches Bundesamt (<http://www.statistik-bund.de/>)
Bayer. Landesamt für Statistik: (<http://www.bayern.de/lfstad>)



Petra Müller: Surfen im elektronischen Sumpf (Fotos: Schröder)

Den Schattenseiten des world wide web widmete sich Petra Müller, Beauftragte der Obersten Landesbehörden für Jugendschutz und Medien-dienste (<http://www.Jugendschutz.net>) mit ihrem Beitrag „Surfen im elektronischen Sumpf“. Eindrucks-voll und eindringlich schilderte sie, wie bereits kleine Kinder mit einschlä-gigen Suchbegriffen das Internet nach pornographischen Inhalten durchfor-sten können und wie schnell und un-geschützt sie Zugang zu jugendgefähr-denden Inhalten bekommen. Dabei beließ sie es nicht bei Angeboten aus dem Bereich Pornographie, sondern bezog bewußt Rechtsextremismus, Rassismus und Gewaltverherrlichung mit ein. ■

Michael Schröder



Zeichnung: Karl Gerd

Suchmaschinen und Web-Kataloge:

Yahoo (<http://www.yahoo.com> bzw. <http://www.yahoo.de>)
web.de (<http://web.de>)
Dino (<http://www.dino-online.de>)
Altavista (<http://altavista.digital.com>)
Infoseek (<http://www.infoseek.com>)
Fireball (<http://fireball.de>)



Badesteg renoviert

Mit Hilfe neuer Planken haben unser Hausmeister Michael Wräse (links) und unser Gärtner Fridolin Baur den Badesteg der Akademie wieder instandgesetzt.
Foto: Schwatlo

Herausforderungen als Chancen nutzen

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse jenseits der Ökonomie

Aufklärung darüber, wie mit gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre umzugehen sei, versprach die Tagung "Was auf uns zukommt". Bewußt sollte dabei die ökonomische Perspektive einmal nicht dominieren. Im Mittelpunkt standen vielmehr Einschätzungen aus Ethik, Soziologie und Politikwissenschaft, die von Prof. Dr. Walter Schwedler (Dortmund), Prof. Dr. Gerhard Mutz (Mün-

chen) und Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (Tutzing) abgegeben wurden. Auch die Diskussionsrunde mit dem Bundesvorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Deutschlands, Stefan Heldkamp, dem Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos, Marcel Schaller und Johann Mathes-Bienert vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend verdeutlichte, daß Fragen nach der Notwendigkeit gewandelter Mentalitäten in der Bevölkerung ver-

gleichbare Bedeutung wie die ökonomischen Herausforderungen haben. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete auch das Einführungsreferat von Matthias Horx, Trend- und Zukunftsforscher aus Hamburg, der überzogenen negativen Einschätzungen der Wandlungsprozesse entgegnetrat und vor allem auf die Chancen der Globalisierung hinwies (sein Beitrag ist nachfolgend gekürzt dokumentiert).

Willkommen im 21. Jahrhundert Globalisierung als Evolutionsdruck

von Matthias Horx, Hamburg

„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf sie gut vorbereitet zu sein“, das sagte einst der attische Staatsmann Perikles. In diesem Zitat ist die Komplexität – aber auch die Aufgabe – moderner Trend- und Zukunftsforschung sehr gut auf den Punkt gebracht. Wir befinden uns heute im Übergang zu einer Ökonomie, die landläufig „Wissensgesellschaft“ genannt wird, und die durch hochentwickelte Dienstleistungen und eine dem Menschen angepaßte Technologie geprägt sein wird. Um diesen Übergang zu verstehen, müssen wir die Gesetze jener Epoche noch einmal Revue passieren lassen, die heute langsam zu Ende geht. Das „Zeitalter der Maschine“ hat unser inneres Verhältnis zur Arbeit, zur Zeit, zu grundlegenden Werten wie Moral und Familie zutiefst geprägt. Das Industriealter wurde vor allem durch vier große Prinzipien geprägt: Standardisierung, Spezialisierung, Synchronisierung (die „Vertaktung“ der Welt durch kollektive Zeit-



Zukunftsforscher Matthias Horx:
Sicherheit in Flexibilität

Foto: Vyhalek

messung) und Zentralisierung. Wir alle spüren, daß diese industriell geprägte Kultur mit ihren Hierarchien und Spezialisierungen, ihren maschinellen Rhythmen und Gesetzen, ihrem Deal „Sicherheit gegen Abhängigkeit“ langsam zerbricht. Aber was tritt an ihre Stelle?

Es sind vor allem drei Mega-Trends, die heute die Kultur des 21. Jahrhunderts formen: Globalisierung, Individualisierung und New Work – die neue Welt der Arbeit, die durch Informationstechnologie entsteht.

Globalisierung - ein Gespenst geht um

Globalisierung handelt vom Verschwinden der Distanz zwischen den Orten. An Stelle des lokalen und begrenzten Prinzips tritt eine ökonomische und kulturelle Ortlosigkeit und Mobilität.

Globalisierung ist einer der zentralen Angstbegriffe unserer Tage. Vom Terror des globalen Kapitalismus ist die Rede, von der Globalisierungsfalle. Doch die andere, die segensreiche Seite der Globalisierung sollten gerade wir Mitteleuropäer mit unserer blutigen nationalen Geschichte in diesem Jahrhundert nicht vergessen:

- Globalisierung bedeutet, daß Nationen, die früher feindselig gegenüberstanden, heute in ein Netz wirtschaftlicher Gegenseitigkeit eingebunden sind.

- Globalisierung garantiert für die exportorientierten Nationen Mitteleuropas das wirtschaftliche Überleben, denn die Binnenmärkte sind gesättigt.

- Globalisierung hat in den letzten 25 Jahren in den OECD-Ländern 110 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, in fast allen Ländern ist die Erwerbsquote in dieser Zeit kräftig gestiegen.

Segensreicher Evolutionsdruck

„Die Globalisierung erlaubt es allen Ländern, sich in die Weltwirtschaft einzugliedern und ihre jeweiligen komparativen Vorteile zu nutzen. Allerdings setzt sie einen tiefgreifenden Mentalitätswandel voraus. Jeder Einzelne in der Gesellschaft muß die Verantwortung für sein eigenes Wohlergehen übernehmen. In vielen Ländern der Dritten Welt gibt es eine lange Tradition, die Verantwortung weiterzureichen: An den Feudalherren, die Kirche, den Arbeitgeber, den Staat. „Das Umdenken ist ein schwieriger Prozeß.“ So Mario Vargas Llosa in einem Interview 1997. Er sprach über die Dritte Welt - aber gilt dies nicht auch und vor allem für unsere alten, satten europäischen Besitzstandskulturen?

Dies wäre mein Vorschlag: Daß wir Globalisierung als segensreichen Evolutionsdruck auf unsere politischen und ökonomischen Systeme akzeptieren, denn:

- Globalisierung engt den Spielraum für schlechte Politik ein.
- Sie erzwingt Innovation, denn im globalen Marktraum ist Innovation, nicht Rohstoff, Kapital oder Standort, entscheidend.
- Sie erzwingt auch ein neues, globales Verständnis der Menschenrechte.
- Schließlich ist Globalisierung nicht nur ein ökonomischer, sondern im Kern vor allem ein mentaler Prozeß.

„Wenn wir auf die langsam akkumulierte Menge der Erfindungen zurückblicken, die uns zum Menschen und schließlich zum kultivierten Menschen gemacht haben, so fällt uns darunter die wachsende Fähigkeit des Menschen ins Auge, sich in immer größere soziale Zusammenhänge zu stellen: in seinen Clan, seinen Stamm, seine Nation, seine Religion, seine Kultur, seinen Erdteil, – und schließlich seinen Planeten.“ (Margaret Mead)

Individualisierung - das Ich als Zentrum der Gesellschaft

„Individualisierung“ wird in der öffentlichen Debatte oft mit „Egoismus“ gleichgesetzt. Aber „Egoismus“ ist nichts anderes als mißglückte Individualität. Jemand, der sich tatsächlich „selbst verwirklicht“, weiß, daß er dazu den anderen benötigt. Zur Individualisierung gehört deshalb auch immer das Soziale. Individualisierung basiert auf einem ganz einfachen Prinzip: Während früher Lebensentschei-

vorsichtigen Schätzungen stehen nicht einmal mehr zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten in einem Normalarbeitsverhältnis – vollzeitig, dauerhaft, sozial abgesichert. Immer öfter gibt es keine Berufsbilder mehr, sondern nur die Frage: Wer kann es?“ (Die Zeit).

Die Idee der Selbständigkeit ist die zentrale Metapher für die Ökonomie des Wissens. Nicht, weil wir alle gerne Unternehmer sein wollen, sondern aus ökonomischen Gründen. Hierarchien sind in einer auf Innovation basierenden Kultur zu teuer. Wissens-



Zeichnung: Tomaschoff

dungen für die Menschen lebenslang bindend waren, haben wir heute die Möglichkeit, Kontrakte – in Bezug auf Beruf, Ehe, Lebensweg – zu widerrufen. Eine Kultur der Wahl entsteht, in der wir immer mehr zu Regisseuren, Hauptdarstellern und Drehbuchschreibern unseres eigenen Lebens werden.

New Work: Abschied vom lebenslangen Arbeitsplatz

Arbeit geht in der Wissensgesellschaft nicht aus – im Gegenteil, die Nachfrage nach Arbeit steigt. Aber sie organisiert sich anders: „Die industriell geprägte Welt der Arbeiter und Angestellten löst sich auf. Aus freien Stücken oder mangels Alternative werden jeden Tag hunderte von ihnen selbstständig oder lassen sich auf Leih- und Telearbeit ein. Selbst nach

ökonomie erfordert einen anderen Menschentypus als den „Lohnabhängigen“ des Industriezeitalters. Ob wir Angestellte sind oder Beamte oder „Neue Agenten“ – wir alle werden in Zukunft wie Selbständige denken und handeln müssen. Viele werden ein persönliches „Portfolio“ zusammenstellen, das ihre Qualitäten veranschaulicht, und dann losgehen und Kunden dafür suchen – und finden.

Was ist ein „Portfolio“? Eine ganz bestimmte Mischung aus persönlichen Fähigkeiten, die wir im Leben durch immer neue Lernprozesse und Qualifikationen ergänzen. Eine Art „Markenbeschreibung“ für das Individuum, für die „Ich AG“, die sich in einer Arbeitswelt bewegen wird, die wie folgt aussieht:

- Erst-, Zweit- und Drittberufe gehören zur Normalität.

- Wir dienen mehreren Arbeitgebern, nicht nur nacheinander, sondern auch gleichzeitig.
- Lebensabschnitte mit viel Arbeit und Verdienst wechseln mit Lebensphasen der Muße oder der Familienzeit.
- Das neue Prinzip lautet Flexicurity: Sicherheit in der individuell verantworteten Flexibilität – das ist das kulturelle Lernprogramm, durch das unsere Kultur hindurch muß.

Prinzip „Glokalisierung“?

Können wir eine echte Vision, ein realistisches Bild der Zukunft aus diesen Megatrends zeichnen? Ein Bild, in dem nicht nur die Gefahren dieses Übergangs Berücksichtigung finden?

Wenn die Globalisierung unsere Welt zu einem komplexen kulturellen und ökonomischen Netzwerk verbindet – werden dann die kulturellen Unterschiede zugunsten eines grauen Einheitsbreis verschwinden, wie viele behaupten? Steht die totale McDonaldisierung der Kultur bevor? Oder ist es nicht eher umgekehrt: McDonalds schult unsere Sinne für das Gegenteil und macht uns unsere regionalen Wurzeln erst bewußt? Könnte „Globalisierung“ nicht heißen, daß wir „das Konsenspolitische“ und „das Heimatliche“

in uns ausbalancieren? Daß Regionen, Städte und Landschaften – statt des Nationalstaates – wieder eine wichtige Rolle spielen? Daß das wirkliche kulturelle Prinzip der Zukunft „Glokalisierung“ lautet?

• Die Vision einer sozialen Welt, in der die persönliche Identität nicht mehr von einem Abhängigkeitsverhältnis (in Form eines Arbeitsvertrages) abhängt. Der Soziologe Max Weber hat die Hallen der großen Fabriken und Kombinate einmal als „eherne Gehäuse der Hörigkeit“ bezeichnet. Ist unsere Form der Erwerbsarbeit mit ihrem Deal „Sicherheit gegen Zeit“ das letzte Wort der Zivilisationsgeschichte? Oder ist eine Welt denkbar, in der immer mehr Men-

erfassen wird: Die Arbeitenden werden zu Inhabern der Produktivmittel. Und so bekäme Marx am Ende doch noch recht.

• Das Zeitalter des „lebenslangen Lernens“ könnte einer Epoche wie der Renaissance ähneln. Damals erhob sich der Mensch aus der Finsternis und Abhängigkeit des Mittelalters – denken Sie an die Fresken Michelangelos – und nahm sein Schicksal selbst in die Hand. Er entdeckte die Perspektive, die Körperlichkeit, das Schöpferische in sich selbst.

Ich weiß, dies klingt für viele Menschen nach Utopie, obwohl es bereits längst auf dem Weg ist. Wir fragen hierzulande nicht: Wie können wir beitragen, daß diese Möglichkeiten Realität werden, sondern: Was könnte schiefgehen? In der Klage, dem allgemeinen Tragen schwerster Bedenken, muß niemand sich ernsthaft Gedanken machen, auf welcher Seite der Zukunftsbarricade er steht.

Mein Plädoyer lautet also: Wir sollten die Jahrtausendwende und den damit zusammenhängenden Zukundiskurs als einen Appell an unsere Zukunftsverantwortung wahrnehmen. Anatolij Kim schrieb im Sammelband „Vor uns die Jahrtausendwende“: „Die Zukunft wird so sein, wie wir sie jetzt, im Augenblick, sehen wollen. Oder es wird sie nicht geben, wenn wir uns sagen, daß es für uns keine Zukunft gibt. Sie hängt von dem guten oder bösen Willen ab; davon, wie wir sie uns im Grunde unseres Herzens vorstellen wollen.“ ■

„Wir sollten die Jahrtausendwende und den damit zusammenhängenden Zukundiskurs als einen Appell an unsere Zukunftsverantwortung wahrnehmen.“

schen, wie Fritjof Bergmann es einmal formuliert hat, das tun können, „was sie wirklich, wirklich wollen“?

• Die wissensgeprägten Unternehmen des 21. Jahrhunderts sind auf eine neue, selbstgewählte und selbstverantwortete Loyalität ihrer Mitarbeiter angewiesen. Das heißt, daß der Individualisierungsprozeß schließlich auch die ökonomischen Grundlagen



Bayerische Schulreform in der Diskussion

Staatssekretär Karl Freller aus dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus stellte auf der Tagung „Bildungspolitik im Umbruch?“ die Inhalte der geplanten Schulreform in Bayern vor und stellte sich den Fragen der Seminarteilnehmer.
Besonderes Augenmerk richtete er bei seinem Vortrag auf das neue Hauptschulkonzept sowie die Einführung der sechsstufigen Realschule ab dem Schuljahr 1999/2000. Dabei sprach er sich auch für eine verbesserte Lehreraus- und -fortbildung als wesentlichen Bestandteil der inneren Schulreform aus.

Der Kosovo-Krieg und die Deutschen

Vielschichtige Annäherungen aus unterschiedlichen Perspektiven

Der Krieg in Jugoslawien wirft Fragen auf, die sich der einfachen Beantwortung entziehen. In der kurzfristig angesetzten Tagung „Der Kosovo-Schock und die Deutschen - Versuch einer Reflexion der innenpolitischen Rückwirkungen“ vom 4. bis 6. Juni wurde dennoch der Versuch unternommen, Antworten zu finden, was vor allem zu einer Vermehrung und Differenzierung der Fragen führte. Sowohl die Referenten als auch die Teilnehmer waren auf der Suche nach Erklärungs-, Verständnis-, Rechtfertigungs- und Legitimationsansätzen. Sie versuchten die Vielschichtigkeit dieses Konflikts und die Reaktion der NATO-Bündnispartner zu begreifen, ohne dabei in den Denkfehler zu verfallen, die Unbegreiflichkeit der Aktionen der Verursacher nur deshalb außen vor zu lassen, weil diese unergründlich und unabänderbar erschienen.

Im Vortrag von Prof. Dr. Karl-Heinz Nusser standen philosophische Aspekte im Vordergrund. Seine Frage war: „Wie läßt sich das Eingreifen der NATO ethisch-moralisch rechtfertigen, bzw. ist es überhaupt rechtfertigbar?“ Der Naturrechtsbegriff John Lockes - mit dem Recht auf Leben, auf Eigentum und körperliche Unversehrtheit - war ein Hauptargument, um für das militärische Eingreifen der NATO zu plädieren. Würden diese Rechte angegriffen, darf sich der Mensch dagegen verteidigen. In diesem Fall leistete die NATO aus humanitären Gründen den Kosovaren Beistand. Aber es bleibt die Frage, ob das Eingreifen für die Menschenrechte es erlaubt, von einem „gerechten Krieg“ zu sprechen. Kriterien für einen solchen Krieg seien z.B. das Nichtbestehen von eigenem Nutzen, die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes sowie die Frage, ob ein militärisches Eingreifen tatsächlich den gewünschten Erfolg nach sich zieht. Außerdem sollte das Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Hier ist anzumerken, daß die Tagung an dem Wochenende stattfand, als die Friedenschance sich zwar abzeichnete, aber der Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo noch nicht sichergestellt war.

Dr. Konrad Clewing, Historiker vom Südost-Institut in München, analysierte in seinem Beitrag die Geschichte des Kosovos, die von einer Vielzahl von

Mythen und geschichtlichen Verklärungen umrankt ist. Der heutige Konflikt hat seinen Ursprung nicht auf dem berühmten Amselhof, sondern er entstand im 20. Jahrhundert. Aus politischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Gründen nehmen die Kosovaren eine antiserbische Haltung ein, die unter Slobodan Milosevic eskalierte, weil er den Kosovo-Albanern ursprünglich garantierte Autonomierechte aberkannte und ihre Lebensumstände erschwerte.

Warnung vor Illusionen

Im Kosovo herrschten „apartheid“-ähnliche Bedingungen, die ihren Ausdruck u.a. in der systematischen Entfernung von Albanern aus dem öffentlichen Leben fand. Resümierend warnte der Referent vor Illusionen bezüglich enormer Probleme eines zukünftigen Zusammenlebens der verfeindeten Volksgruppen.

Den juristischen Aspekt des NATO-Eingriffs betrachtete Prof. Dr. Armin Steinkamm von der Universität der Bundeswehr in München. Der NATO-Eingriff mit Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates wurde durch das angedrohte Veto Russlands und Chinas verhindert. Er zeigte juristische Möglichkeiten auf, in der Umgehung des Sicherheitsrates durch die NATO keine völkerrechtswidrige Handlung zu erblicken. Jugoslawien habe drei

Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates nicht befolgt. Allein deshalb müsse davon ausgegangen werden, daß die Achtung der Menschenrechte der Kosovaren von der jugoslawischen Regierung nicht befolgt wurde. Somit habe die serbische Staatsführung gegen das Völkerrecht und Artikel 1 der UN-Charta verstößen. Die Instabilität der Region stelle eine zwangsläufige Friedensgefährdung dar, der entgegenzutreten sei. Damit sei das Eingreifen der NATO völkerrechtlich legitim, und aus diesem Grunde stehe auch die Rechtmäßigkeit der Beteiligung der Bundeswehr außer Frage.

Ringen um Objektivität

Die Problematik der Nachrichtengewinnung in Krisenregionen schilderte Dr. Johannes Grotzky vom Bayerischen Rundfunk. Er betonte die Schwierigkeiten bei Medienberichterstattungen aus Krisen- und Konfliktgebieten, wie beispielsweise kursierende Fehlmeldungen auf Grund von Gerüchten, mangelnden Sprachkenntnissen der Korrespondenten und hoher psychischer Belastungen der Betroffenen. So könnten aus zehn Toten ohne gezielte Absicht Hunderte gemacht werden. Selbst die Medien verlören in Konflikten wie im Kosovo leicht ihre Objektivität, da auch die Korrespondenten durch ihre persönlichen Eindrücke und Erfahrungen geprägt sind. Er warnte davor, in ein Freund-Feind-Schema zu verfallen, dem aus Mangel an Vorwissen auch die serbische Opposition zum Opfer falle.

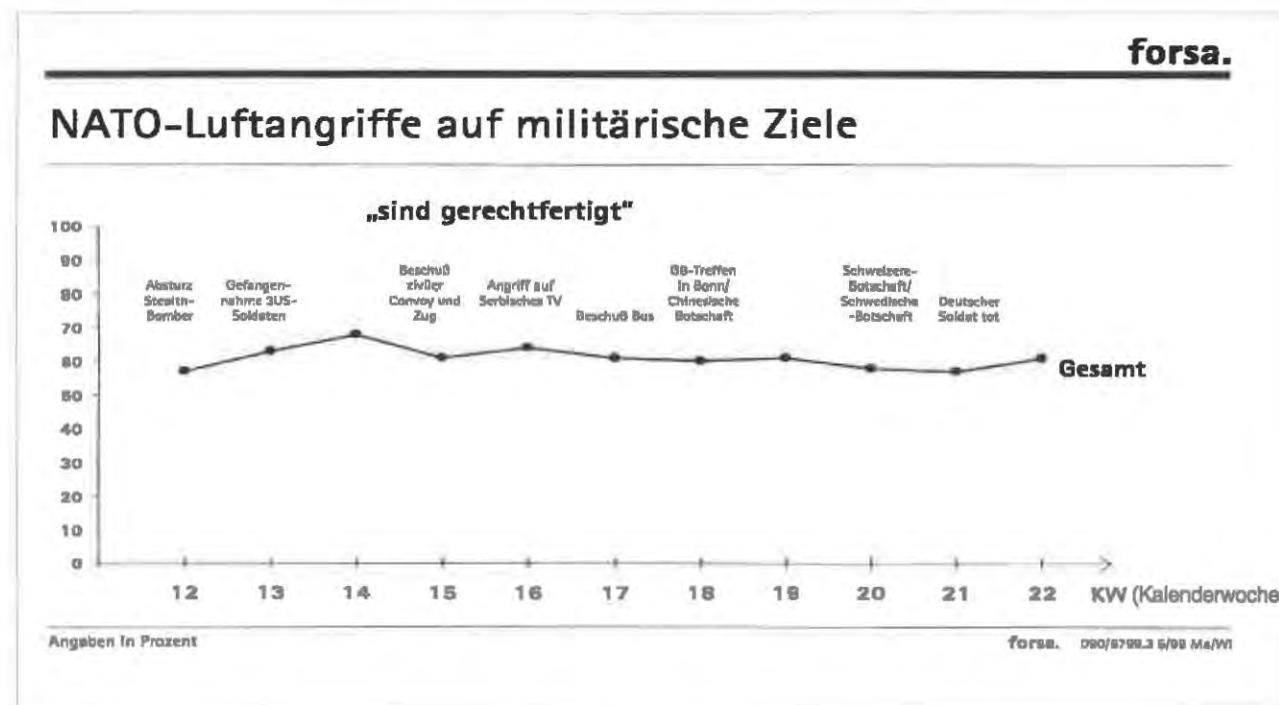
Einen weiteren Aspekt, nämlich die Einstellungen der Deutschen gegenüber dem Kosovo-Konflikt und dem NATO-Einsatz, referierte Torsten Schneider-Haase vom Meinungsforschungs-Institut Forsa, Berlin. Ein so nicht erwartetes Resultat der Umfrageforschung war die im Kriegsverlauf so gut wie unverändert bejahende Einstellung der Mehrheit der Deutschen zum Bombardement (s. Graphik).

Der Friedensforscher Prof. Dr. Werner Link wies auf die innenpolitischen Wirkungen des Kosovo-Krieges hin. Er vertrat die Anschauung, daß der Konflikt zur Beschleunigung der deut-

schen Bereitschaft, in zukünftigen Konflikten sich stärker militärisch zu beteiligen, beigetragen hätte. Er sprach von der breiten Zustimmung der Parteien. Es habe sich ein „Konsens minus PDS“ gebildet. Anders als in den Vereinigten Staaten handele es sich in der Bundesrepublik um eine Verstärkung moralisch-idealstischer Politik. Kritik übte Werner Link an den Verhandlungen von Rambouille, wo nach seiner Auffassung nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien, um den Krieg zu verhindern. Ebenso kritisierte er die Methodik der Kriegsführung und die Vernachlässigung der zukünftigen Perspektiven für den Kosovo-Konflikt.

Fischer, Scharping und Schröder zu unterstützen. Humoristisch meinte Jürgen Falter, das ursprüngliche programmatische „Nie wieder Krieg! Ohne uns!“ müsse in ein „Nie wieder Krieg ohne uns!“ umgewandelt werden. Die Unions-Parteien und die FDP genossen den Segen des Oppositionsstatus. Dennoch hätten alle Parteien in dieser Krisenzeit Stabilität bewiesen. Der relative innenpolitische Gewinner des Konflikts könne die PDS sein, die, wenn auch auf unglaubliche Weise, versucht habe, mit der Fahne des Pazifismus aus dem Potential der Ablehnung zukünftige Stimmen abzuschöpfen.

Der Politikwissenschaftler Andrew Denison aus Washington beleuchtete den Kosovo-Konflikt und die deutsche Politik aus amerikanischer Sicht. Die Deutschen hätten Stabilität und Souveränität bewiesen und damit der These Rudolf Scharpings entsprochen: Angekommen in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien. Deutschland habe bei der Schaffung des Friedens eine wichtige Rolle gespielt. Der Fischer-Plan und die deutschen Bemühungen, Rußland wieder in den Prozeß einzubeziehen, wären wichtige Faktoren auf dem Wege der Beendigung des Krieges gewesen. Deutschland würde mittlerweile als ein zuver-



vo. Der Kosovo-Konflikt habe die internationale Politik vor neue Herausforderungen gestellt.

PDS populistischer Profiteur?

In einer abschließenden Podiumsdiskussion schilderte Prof. Dr. Jürgen Falter von der Universität Mainz den Umgang der deutschen Parteien mit dem Konflikt. Die SPD habe sich durch den Konflikt deutlicher zur NATO und zum Westbündnis bekannt. Bündnis 90 / Die Grünen schaffte gar den Spagat, als ehemals pazifistische Partei die Politik von

Stabilität und Souveränität

Prof. Dr. Hartmut Jäckel von der FU Berlin gab bei aller Unterstreichung des beachtlichen Vier-Parteien-Konsenses auch kritische Eindrücke zu bedenken. Innerhalb Deutschlands sei die Fortdauer des Mentalitätskonfliktes Ost-West auffällig, der sich auch in den Einstellungen zu diesem Konflikt widerspiegeln. Außerdem hätten verschiedene Interessengruppen, wie beispielsweise Teile der Vertriebenenverbände in Deutschland, den Konflikt genutzt, um problematische Vergleiche zur eigenen Geschichte zu ziehen.

lässiger Partner wahrgenommen und sei eine bedeutende Macht in Europa geworden.

Wenn diese letztgenannte Bemerkung eher zurückhaltend aufgenommen wurde, dann könnte sich gerade hierin zeigen, daß Denisons Einschätzung nicht von der Hand zu weisen ist: Ein deutliches Schulterklopfen erzielt nicht mehr die gleichen ungebremsten Wirkungen bei den Deutschen wie zu Zeiten De Gaulles in den sechziger Jahren. ■

Ulrike Schlorke

2. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen:

Annäherungen an den Nachbarn Polen

Entwicklungen und Veränderungen - Stand und Probleme des EU-Beitritts

In Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der Republik Polen in München veranstaltete die Akademie vom 14.-16. Mai eine Tagung über die deutsch-polnischen Beziehungen. Seit diesem Jahr ist die Republik Polen Mitglied der NATO, in wenigen Jahren wird Polen der Europäischen Union beitreten. Noch herrscht in Deutschland breites Unwissen über den Nachbarn im Osten. Wissen ist die Grundlage für gegenseitiges Verstehen. In diesem Sinne informierte die Veranstaltung in der Akademie über das heutige Polen, die rasanten Entwicklungen und Veränderungen, die in der polnischen Gesellschaft vor sich gehen, den Stand und die Probleme bezüglich des Beitritts zur Europäischen Union. Neben lehr- und spannungsreichen Diskussionen wurde mit einem bayerisch-polnischen Abend dem internationalen Publikum der Rahmen zu Begegnungen geboten. Eine kleine Ausstellung und Videos über Polen sorgten für visuelle Bereicherung.

Polen im neuen Europa Glückliches Ende einer unheilvollen Geschichte?

Einen glanzvollen Auftakt zu der Veranstaltung bot die Rede des Senators und ehemaligen Außenministers der Republik Polen, Professor Wladyslaw Bartoszewski. Inhaftiert in Auschwitz, im sowjetischen Polen und während Jaruzelskis Kriegszustand, steht er für den Widerstand gegen Totalitarismus jeder Couleur. Mehrere Jahre an bayrischen Universitäten lehrend, trat er für die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen ein und wurde deswegen Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels. Bartoszkis Abriss über die polnische Geschichte demonstrierte die Zugehörigkeit Polens zum Westen. Immer schon sei Polen ein Verbündeter Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika gewesen, allein Jalta habe dies unterbrochen. Auch geistesgeschichtlich sei Polen schon seit Jahrhunderten in Mitteleuropa angesiedelt, die Universität Krakau, im Jahre 1364 gegründet, ist eine der ältesten Universitäten. Bereits in den 80er Jahren hätten „viele denkende Polen schon früh begriffen, daß es ohne ein freies, wieder vereinigtes Deutschland keine Zukunft für ein souveränes, demokratisches Polen gibt.“ Die gesellschaftli-



*Wladyslaw Bartoszewski:
"Freundschaft als Prozeß"*

chen Veränderungen im heutigen Polen, forciert durch den angestrebten EU-Beitritt, seien enorm. Große Chancen gäbe es für wirtschaftliche Kooperationen mit Polen. Deutschland als wichtigster Handelspartner Polens noch vor Russland könne gute Geschäfte machen. Und „auf der gesunden Basis der guten Geschäfte, kann auch die Blume der Liebe aufwachsen.“

Die deutsch-polnische Freundschaft sei durch Nationalsozialismus und Vertreibung mit schweren Altlasten belegt, habe deshalb einen anderen Hintergrund als die deutsch-französische Freundschaft. Die Freundschaft sei ein Prozeß, sie müsse aufgebaut werden, und das dauere. Doch zwischen Deutschland und Polen sei schon eine gewisse Normalität eingekehrt, zu der natürlich auch Streitigkeiten gehörten. Probleme könnten in den banalsten Kontexten auftreten, wie beispielsweise in Bezug auf EU-Richtlinien für Gartenzwerge. Doch meinte der Redner humorvoll: „Wenn die Beziehungen zwischen unseren Völkern in der Zukunft nur durch die Gartenzwerge belastet werden, das ist ein Traum.“

„Die Normalität zwischen uns hat den Charakter einer gestandenen Ehe bekommen. Alles ist in Ordnung, aber von Zeit zu Zeit denke ich, es wäre doch angemessen, mal wieder ein Blümchen nach Hause zu bringen, zusammen ein bißchen Urlaub zu machen und so die gemeinsamen Inhalte zu bereichern und zu erfrischen.“

Wladyslaw Bartoszewski

Polens Beitritt zur Europäischen Union

Günter Verheugen, Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen, unterstrich die Bedeutung der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder für Wohlstand, Frieden und Stabilität in ganz Europa. Die Bundesregierung habe, besonders während der deutschen Ratspräsident-

schaft, mit starkem Einsatz und Realismus dafür gearbeitet. Der Erweiterungsprozeß bringe neben Vorteilen für alle Seiten auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Anders als bei der Süderweiterung weise die EU heute schon eine sehr hohe Integrationsdichte auf. Der *Acquis communautaire*, den alle Beitrittskandidaten voll übernehmen und in nationales Recht umsetzen müßten, umfasse inzwischen mehr als 20.000 Rechtsakte. Im Bereich der Wirtschaft habe Polen das Erbe von 40 Jahren Planwirtschaft abzuschütteln. Der EU-Wettbewerb werde in Polen noch zu erheblichem Strukturwandel



Günter Verheugen

führen. Die Umweltstandards zu erreichen, koste viel Geld, 22 Mrd \$ allein die Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie nach Berechnungen der Weltbank. Für die Osterweiterung sei die Zustimmung der Bevölkerung wichtig. Noch klafften die Befürwortung in der EU und in den Beitrittsländern weit auseinander. Nur durch realistische Einschätzung der Risiken und Chancen der Osterweiterung könne für mehr Akzeptanz bei den EU-Bürgern geworben werden.

Minister Jaroslaw Pietras, Verheugens polnisches Pendant bei den EU-Verhandlungen, plädierte leidenschaftlich für eine baldige Terminierung und einen schnellen EU-Beitritt. Nach dem Antrag bereits 1994 wolle Polen 2003 Mitglied sein und so nicht schlechter als die südeuropäischen Länder gestellt werden. Die mitteleuropäischen Reformstaaten dürften nicht das Gefühl bekommen, Bittsteller mit benachteiligter Verhandlungsposition zu sein. Die Polen würden sich sehr bemühen, die sehr komplexen Anpassungsprozesse schnell zu vollziehen. Dennoch sei die Umstellung zu einem marktwirtschaftlichen System, der Prozeß der Homogenisierung und des Funktionierens in europäischen Strukturen mit großen Kosten und Mühen verbunden. Polen müsse Bestätigung erfahren, Entwicklungschancen mißten dem Land aufgezeigt werden, da-



Kein Bittsteller mit benachteiligter Position: Polens Minister Jaroslaw Pietras (rechts) und Tagungsleiter Horst Denzer

mit es den Sinn der Kraftanstrengungen nicht aus den Augen verliere. „Alle gewinnen das Gefühl der Sicherheit, das Gefühl der Teilnahme, aber das erlebt man nicht wie das tägliche

Brot.“ Dennoch bescheinigte Pietras der deutschen Ratspräsidentschaft Fairness. Sie habe nicht egoistisch, sondern im Interesse des Ganzen und der Beitrittsländer gehandelt.

Chance oder Ballast im künftigen EU-Land? Landwirtschaft in Polen

Der polnische Vizeminister für Landwirtschaft und Ernährung Jerzy Plewa und der bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Reinhold Bocklet diskutierten kenntnisreich über die Problematik und die Möglichkeiten des Sorgenkinds Landwirtschaftspolitik. Nach Bocklet steige durch einen Beitritt Polens die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU um ein Viertel, die der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen um 50 % an. Plewa relativierte und warnte vor Legendenbildung auf beiden Seiten. Zwar seien

Strukturwandel forcieren müsse. Der Beitrag der Landwirtschaft zur Wertschöpfung in Polen liegt derzeit bei 6%, die große Disparität zwischen diesem Beitrag zum Bruttonzialprodukt und dem Beschäftigtenanteil dürfte laut Bocklet das schwierigste strukturelle Problem Polens sein. Er verwies auf die bayerischen Erfahrungen in diesem Bereich seit Ende des Zweiten Weltkrieges und präsentierte einen fundierten Maßnahmenkatalog. Plewa versuchte, die Ängste der deutschen Landwirte zu verstehen, gleichzeitig verwies er auf Polens negativen Han-



Strukturwandel forcieren: Die Minister Reinhold Bocklet (links) und Jerzy Plewa
Fotos: Leuffen/Brendel

laut Statistiken in Polen 25% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, doch seien ein Großteil davon Nebenerwerbslandwirte. Beide Redner waren sich einig, daß Polen den Struk-

delsbilanzsaldo im Lebensmittelbereich von 500 Millionen Euro jährlich seit 1993. Bocklet gab seinem polnischen Kollegen freundschaftliche Tips für die Verhandlungen mit der EU.

Die offene Grenze - ein Sicherheitsproblem?

Die beiden Praktiker, Oberstleutnant Slawomir Chmurzynski vom polnischen Grenzschutz und der Präsident des deutschen Grenzschutzpräsidiums, Jörg Haslinger, waren sich weitgehend einig über eine gute, aber noch entwicklungsfähige Zusammenarbeit der Behörden an der deutsch-polnischen Grenze, an der allein im Jahr 1998 150 Millionen Grenzübertritte registriert wurden. Polen sei dankbar für den Transfer von Technik und Know-how, um den Vorsprung der Kriminellen aufzuholen. Einigkeit bestand weiterhin darüber, daß, wie es Haslinger formulierte, „der Wohlstand unserer Länder aus dem Handel, aus dem freien Fluß von Ideen, Waren, Kapital und aus der Zusammenarbeit der Bürger erwächst.“ Freie Grenzen seien also positiv zu sehen, aber daraus erwächst auch ein Sicherheitsproblem, besonders wenn zwischen zwei Ländern ein Wohlstandsgefälle existiere und unterschiedliche Rechtsordnungen die Strafverfolgung erschweren.

Der Kriminologe Prof. Dr. Fritz Sack von der Universität Hamburg beleuchtete das Phänomen Kriminalität mehr aus philosophischer Sicht und sprach über die Ursachen von Kriminalität und den gesellschaftlichen Umgang damit.



Wiesław Smetek, aus: DIALOG - Deutsch-Polnisches Magazin, Nr. 3-4 / Dezember 1998

**„Das Polen der Nachwende-Zelt,
das viele Fehlentwicklungen
der kommunistischen Herrschaft ausbaden muß,
Ist kein glattes, griffiges Polen,
wie wir es gerne sehen würden,
sondern ein facettenreiches und sehr, sehr
ambivalentes.“**

Georg Strobel



Entwicklungsfähige Zusammenarbeit an der gemeinsamen Grenze:
(v.l.): Horst Dünzer, Jörg Haslinger, Slawomir Chmurzynski, Fritz Sack

**„Der Wohlstand unserer
Länder erwächst aus dem
freien Fluß von Ideen,
Waren, Kapital und
aus der Zusammenarbeit
der Bürger“**

Jörg Haslinger

**„Die Teilnahme an der
Politik war Zeichen dafür,
daß man ein freier Bürger
ist.“**

Ireneusz Krzeminski

Ein polnisches Wirtschaftswunder nach der Wende?

Jerzy Kropiwnicki, Minister und Vorsitzender des Regierungszentrums für Strategische Studien in Warschau, zeichnete ein eindrucksvolles Bild der Entwicklung der polnischen Wirtschaft seit Ende der 80er Jahre. Vor dem großen Umbruch war die Wirtschaft in Polen zentralverwaltungswirtschaftlich organisiert. Der staatliche Sektor machte, wenn die Landwirtschaft nicht beachtet wird, 90 % der Volkswirtschaft aus. Das Land mußte gewaltige Transformationen vornehmen, um wirtschaftlich wieder erfolgreich zu sein. Die Inflation mußte bekämpft werden; gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit, ein Problem, das den Polen bis dahin unbekannt war. Die sozialen Sicherungssysteme mußten reformiert werden, und das neue System leidet auch heute noch unter Überbelastungen. Sozialverträgliche Lösungen waren nicht immer einfach zu finden. Trotz der enormen Schwierigkeiten hatte Polen sich dazu entschlossen, den erfolgversprechenden



Jerzy Kropiwnicki: Gewaltige Transformationen

aber schmerhaften Weg der schnellen Anpassung einzuschlagen. Heute hätte Polen, so der prominente polnische Wirtschaftspolitiker, viel erreicht, es sei Mitglied der OSZE und der NATO geworden. Sorgen bereite dem Land allerdings noch die Europäische Union, an deren „Pforte Polen steht und steht und steht und steht.“ Laut Kropiwnicki hätte Polen einen Großteil der Anforderungen der EU bereits erfüllt, es mangele nun an europäischen Signalen.

Polnische Gesellschaft im Wandel Enttäuschung, Resignation und Orientierungslosigkeit prägen weiterhin die Bürger

Der Soziologe Prof. Dr. Ireneusz Krzeminski von der Universität Warschau schilderte Probleme, die die Gefühlslage vieler Polen in der Transitionsphase dominierten. Geschichtlich argumentierend, führte er die derzeit auch in Polen existierende Parteienverdrossenheit auf das schwierige Verhältnis von Gesellschaft und Macht in sozialistischen Zeiten zurück. Der polnische Bürger wolle auch in der Gemeinschaft Subjekt sein. Derzeit fühlten sich jedoch viele Bürger von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Viele Bürger hätten das Gefühl, an den Reformen nicht teilzunehmen, daher die Enttäu-

mehr geholfen werden als bisher. Wolfgang Grycz, Redakteur des Ost-West-Informationsdienstes, sprach über die Bedeutung der Kirche im heutigen Polen. Der Beitrag der Kirche zum Sturz des kommunistischen Regimes sei weiterhin unbestritten. Dennoch seien zwei Drittel der Polen der Meinung, die Kirche habe heute zuviel Einfluß auf politische Entscheidungen; dies trotz der Tatsache, daß sich 80 % der erwachsenen Polen als Gläubige bezeichneten. Viele Intellektuelle hätten heute Schwierigkeiten mit der Kirche in Polen. Problematisch seien sicherlich nationale, integristische und antisemitische Akzente in der



**Enttäuschung breiter Massen: (v.l.) Wiesław Walendziak, Moderator
Christoph Royen, Ireneusz Krzeminski**

schung der breiten Massen. Besonders die Arbeiter fühlten sich vernachlässigt, nun bedauerten viele die verletzte Ehre der Arbeiterklasse.

Prof. Dr. Georg Strobel, Universität Darmstadt, kritisierte die postkommunistische Entwicklung in Polen. Er empfand, daß die Transformation nicht so sehr durch den Geist der Solidarnosc geprägt sei, viel eher mache sich Geltungssucht in der polnischen Gesellschaft breit. Die wirtschaftliche Krise mache dem Land noch immer sehr zu schaffen, die hohe Arbeitslosigkeit führe zu tiefer Resignation vieler Polen, die bereits an der Sinnhaftigkeit eines EU-Beitritts zweifelten. Polen müsse wegen seiner „überragenden Verdienste um die Wiedervereinigung Deutschlands und wegen der Polen in der Vergangenheit zugefügten Schäden unermeßlicher Art“ noch

Kirche, doch sollten solche Tendenzen nicht überbewertet werden. Polens Kirche sei im Wandel; zu begrüßen sei auf jeden Fall die Offenheit der Diskussion über die neue Positionierung von Kirche, Glaube und Nation.

Wiesław Walendziak, Mitglied des Sejm, schilderte sehr persönlich die Konflikte in der polnischen Gesellschaft. Viele Polen litten an Orientierungslosigkeit. Aus Verzweiflung würden sich viele an zweifelhafte Heilsbringer wie beispielsweise das Radio Mariae wenden. Das polnische Volk sei romantisch veranlagt, man hoffe noch immer auf den guten, moralischen Staat. Leider müsse der heutige Staat vor allem pragmatisch sein, um die vielen Konflikte der widersprüchlichen Interessen zu lösen.

Lasten der Vergangenheit und optimistische Zukunftshoffnungen

Kontroverses über die deutsch-polnischen Beziehungen

Die deutsch-polnischen Beziehungen leiden, so die Quintessenz, noch immer stark unter den Lasten der gemeinsamen unheilvollen Vergangenheit. Der ostdeutsche Bürgerrechtler Konrad Weiß erzählte davon, daß er bei seinem ersten Polenbesuch vor 34 Jahren angespuckt worden war, als er

CSU-Generalsekretär Thomas Goppel unterstrich, daß es viele Gründe gäbe, „eine gemeinsame Zukunft zu bauen.“ Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß auch Deutschen in Osteuropa großes Leid zugefügt worden sei. Er sei nicht dazu bereit, einen Schlußstrich unter die sudetendeutsche Fra-

der gegenseitigen Rückgabe von Kulturgütern. Es wäre zudem sehr wichtig für das Zusammenleben der beiden Völker, die gemeinsame Nachkriegsgeschichte der DDR und Polens eingehender zu bearbeiten. Die deutsch-polnische Freundschaft müsse intensiviert werden, dazu seien ein verstärktes Engagement zum Erlernen der jeweils fremden Sprache wichtig.

Prof. Dr. Georg Strobel argumentierte für die Entwicklung einer mustergültigen deutsch-polnischen Freundschaft. Er vertrat die Ansicht, daß



Aussöhnung getrübt: (v.l.) Georg Strobel, Thomas Goppel, Jan Parys, Heinrich Oberreuter, Wieslaw Walendziak, Konrad Weiß **Fotomontage: Sittkus**

Deutsch sprach. Seither hat sich einiges verändert. Doch trotz der Fortschritte wird die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen noch von tiefssitzenden gegenseitigen Ressentiments getrieben.

Weimarer Dreieck

Der ehemalige Verteidigungsminister der Republik Polen Jan Parys stellte in klaren Worten die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit dar. Er bezeichnete Deutschland als Polens wichtigsten Nachbarn und sprach von der substanzienlen Bedeutung der deutsch-französisch-polnischen Kooperation, dem Weimarer Dreieck, für den Frieden in Europa. Gleichzeitig kritisierte er scharf das Bundesentschädigungsgesetz, das nach Nationalität diskriminiere. Er forderte eine baldige Entschädigung der polnischen Zwangsarbeiter. Dieses müsse nicht nur durch die Unternehmen geschehen, auch der Staat schulde noch immer Geld, welches das Reich zu Unrecht von den Polen eingezogen habe. „D

ge zu ziehen, auch diese Frage müsse in einem gemeinsamen Europa mitgelöst werden.

Entschädigung für Zwangsarbeiter

Konrad Weiß wies auf das Problem hin, daß in Ostdeutschland die Kenntnisse um die deutsch-französische Freundschaft sehr gering seien. Noch immer herrschten dort große Vorurteile gegenüber Polen, die in den 80er Jahren teilweise bewußt vom DDR-Regime geschürt worden seien. Er betrachtete die Frage der Entschädigung als ein tatsächlich vernachlässigtes Problem und sprach sich für eine Ent-

„Die Polen sind Romantiker,
der Staat muß gut sein.“

Wiesław Walendziak
über polnische Träume

schädigung der polnischen Zwangsarbeiter aus. Er verwies darauf, daß viele der alten Menschen das Geld bitter bräuchten, da sie an der Grenze des Existenzminimums lebten. Gleichzeitig sprach er von der Notwendigkeit

die deutsch-französische Freundschaft so vorbildlich gar nicht sei. Viel eher sei auch sie von Interessen geprägt, vor allen Dingen von französischen. Deutschland und Polen könnten eine neue Qualität von Beziehungen erreichen. Er zeigte einige Beispiele auf für hervorragende nicht durch Eigennutz bestimmte deutsch-polnische Organisationen, ferner verwies er auf die Entwicklung des Jugendaustauschs.

Wieslaw Walendziak bestätigte, mit Optimismus und Hoffnung in eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft zu schauen. Er verwies auf die Wichtigkeit symbolischer Akte in der Politik wie z.B. den Bruderkuß zwischen Mazowiecki und Helmut Kohl, denn Freundschaft habe doch etwas mit dem Herz zu tun. ■

*Horst Denzer
Dirk Leuffen*

2. Passauer Tetralog:

Ein Versuch, Europa zu definieren

Gegensätze beim Expertengespräch über die Zukunft des Kontinents

„Osterweiterung“, „Wiedervereinigung“ oder „Rückkehr der östlichen Länder nach Europa“ - die Schwierigkeiten der wohl wichtigsten europäischen Frage beginnen schon bei der richtigen Wortwahl. „Europas Aufbruch nach Osten“ - so war der „2. Passauer Tetralog“ im Programm der Europäischen Wochen angekündigt. Doch nach Ansicht des französischen Geopolitikers Prof. Dr. Michel Korinmann „gibt es kein Europa“. Für den russischen Diplomaten Prof. Dr. Igor Maximtschew „beginnt Europa sich zu negieren“, die deutsche Historikerin Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos glaubt, Europa sei „am Kosovo-Krieg gewachsen“ und der polnische Widerstandskämpfer Kazimierz Wójcicki träumt von einem sicheren Europa - inklusive Rußland. Gerade diese Gegensätze machten aus dem „Gespräch auf dem west-östlichen Diwan“ einen spannungsgeladenen Tetralog im besten Sinne, der den Zuhörern Einblicke in bisher kaum beachtete Problemfelder gab.

Osterweiterung nicht verzögern

„Deutschland ist außen- und sicherheitspolitisch am Kosovo-Krieg gewachsen“. Ohne dies überbewerteten zu wollen, sei die Rolle Deutschlands nun eine ebenso wichtige wie die Frankreichs oder Großbritanniens, erklärte die deutsche Historikerin Margarita Mathiopoulos, die neben ihrer Arbeit für British Aerospace auch an der TU Braunschweig als Honorarprofessorin für Amerikanische Außenpolitik und Internationale Politik tätig ist. Für Europa sieht sie neue Einflußmöglichkeiten: „Ich wünsche mir, daß Europa aus seinem Rang einer Nebenweltmachtrolle zu der einer wirklichen Weltmacht gelangt.“ Europa müsse sich nun entscheiden, ob es Subjekt oder Objekt der Weltpolitik sein wolle. Dazu gehört nach Ansicht Mathiopoulos ganz sicher, zukünftig „Krisen wie im Kosovo selbstständig zu lösen“. Die Europäer und gerade die Deutschen trügen eine politisch-moralische Verpflichtung „gegenüber all jenen Ländern, die unter dem Zweiten Weltkrieg, besonders unter Nazi-Deutschland, gelitten haben“. Die Folge sei eben auch ein „grausamer Stalinismus“ gewesen. Aus dieser Verantwortung heraus „dürfen wir die Osterwei-



Margarita Mathiopoulos: Wiedervereinigung Europas statt Osterweiterung

terung nicht verzögern“. Schon die Bezeichnung „Osterweiterung“ sei eigentlich unrichtig, vielmehr handle es sich um „ein Zurückkommen dieser Länder nach Europa, eine Wiedervereinigung Europas“.

Europa Subjekt der Weltpolitik

Auch in den Augen des international tätigen Journalisten Kazimierz Wójcicki, ein Kämpfer des polnischen Widerstandes, hat sich mit dem Ko-

sovo-Krieg die Struktur in Europa verändert: „Man ist damit eine gewisse Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber dem Kosovo eingegangen. Rumänien, Bulgarien und so weiter - man hat all diesen Gesellschaften etwas versprochen.“ Europa könne und solle ein Subjekt der Weltpolitik werden,



Kazimierz Wójcicki: Kosovo-Krieg verändert die Strukturen in Europa

pflichtete Wójcicki Mathiopoulos bei, „aber kein Land kann das allein“. Sein Traum sei ein großes Europa mit Rußland, „denn nur dann kann Polen sich sicher fühlen“. Große Versäumnisse warf er Rußland bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte vor: „Inwieweit tragen sie Verantwortung für dieses totalitäre System des Kommunismus?“ Die Angriffe waren deutlich: „Ein Kern des russischen Imperialismus, fürchte ich, ist leider immer in Moskau geblieben, und das ist die Haltung gegenüber Weißrussland, und das ist ganz deutlich die Haltung gegenüber der Ukraine.“ Rußland müsse „die Hunderttausend, Millionen Menschen, die ermordet wurden“, nun zu Opfern der Geschichte machen. „Und bitte“, rückte er seinen Standpunkt zurecht, „das ist nicht gegen Rußland, aber anders können sie den Staat, die Demokratie, das Selbstbewußtsein nicht kreieren.“ Es müsse nun - um eine „offene Gesellschaft“ zu schaffen - eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte stattfinden. „Wenn sie offen über sich selbst sprechen, dann bekommen sie in dem Moment hunderte Freunde.“ „Niemand ist gegen Sie in der Welt, isolieren Sie sich nicht selbst“, lautete sein Appell an den russischen Kollegen.

Rußland unerwünscht

„Rußland ist bereit, alles zu versuchen, um sich für den Westen schmackhaft zu machen“. Der russische Diplomat Igor F. Maximtschew versuchte mehrmals diesen Willen zu verdeutlichen. Aber natürlich beständen auch weiterhin nationale Interessen. Maximtschew bewertete die Entwicklung Europas zu einem Subjekt der Weltpolitik positiv, „aber ohne Rußland, fürchte ich, wird das nicht möglich



Igor F. Maximtschew: Europa ist Ost-Nordamerika

Fotos: Fiedler

sein“. Kritik gab es von russischer Seite für die Ostpolitik Europas: „In der Zeit nach der Konfrontation schien es eigentlich, daß Europa ein großes Europa werden sollte. Die Russen sind nur mit dem Streben in die europäische Politik eingetreten, um sich schnellstens in dieser neuen, europäischen Gemeinschaft aufzulösen.“

„Wenn die USA Mitglied Europas werden wollen - bitte schön. Aber nicht umgekehrt!“

Maximtschew

Schnell hätten die Russen jedoch gespürt, daß sie „in Europa unerwünscht“ seien. „Man begann, uns regelrecht hinauszuschieben, abzuschließen, herauszuschmeißen“, erläuterte der Diplomat den russischen Standpunkt. Die Europäische Union habe den Namen Europa für sich ok-

kupiert, dabei sei Europa viel größer als die EU. Und - für ihn überraschend, wie er erklärte - beginne Europa sich zu „negieren“: „In der heutigen Zeit

„Rußland muß alles tun, um sich schmackhaft für den Westen zu machen - ohne von ihm verspeist zu werden“

Maximtschew

haben wir das Gefühl, daß auch Westeuropa weniger europäisch geworden ist. Europa - so übertrieben kann ich das sagen - ist Ost-Nordamerika geworden.“ Gegen eine Partnerschaft habe er nichts: „Wenn die Vereinigten Staaten Mitglied Europas werden wollen - bitte sehr. Wir wollen nur nicht, daß Europa Mitglied der Vereinigten Staaten wird.“ In den Augen des Diplomaten kann es aber nur ein großes Gesamteuropa geben: Von Reykjavik bis Wladiwostok.

Zwei Geschwindigkeiten

Mit dieser Grenzdefinition konnte sich der französische Geopolitiker, Germanist, Journalist und Professor für deutsche Literatur, Michel Korinmann, gar nicht anfreunden: „Geopolitisch muß ich feststellen: Europa reicht bis zur Oder-Neiße-Grenze, das ist französischer Standpunkt“. Auch die Ost-

„Wir brauchen ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten mit unterschiedlichen Integrationsniveaus. Von der Ideologie der einen Geschwindigkeit sollten wir uns verabschieden“

Oberreuter

erweiterung sei in Frankreich überhaupt „kein Gegenstand der Diskussion“. Vielmehr habe man während des Kosovo-Krieges festgestellt: „Wir haben kein Europa. Wir haben eine wertverpflichtende und traditionell bedingte Gemeinschaft, mehr haben wir nicht, und das ist wahrscheinlich zu bedauern.“ Jeder zweite Franzose, so zitierte der Geopolitiker die jüngsten

Meinungsumfragen, sei heute für einen westeuropäischen Staat. Eine unüberwindliche Demarkationslinie stellt seinem Standpunkt zufolge das



Michel Korinmann: Europa reicht bis zur Oder-Neiße-Grenze

östliche Verhältnis zur Geschichte dar: „Ein Deutscher von heute, ein Franzose, Italiener, ist nicht so rückwärtsgewandt wie ein Serbe oder Slowene.“ Gerade dieses Verhältnis zur Ge-

„50 Prozent der Franzosen plädieren für einen westeuropäischen Staat“

Korinmann

schichte schaffe eine Grenze auch zu Rumänien, Bulgarien und Mazedonien. „Deshalb plädiere ich dafür, daß man erst mal unter uns mit geringen Differenzen versucht, einen westeuropäischen Staat - in welcher Form auch immer - zu errichten, Macht projiziert und erst dann andere integriert.“

Die Frage, ob die Geschichte Europa diese Zeit lasse, war nicht nur für Kazimierz Wójcicki, sondern auch für Prof. Dr. Heinrich Oberreuter zentral: „So wie es sich jetzt abzeichnet, wird man die Ideologie aufgeben müssen, daß Europa nur mit einer Geschwindigkeit vorangehen kann“, prognostizierte der Diskussionsleiter. „Es wird unterschiedliche Integrationsniveaus und unterschiedliche Aktionsniveaus geben.“ Gerade dies, stellte er fest, sei aber auch eine Chance für Rußland.

■ Sabine Fiedler
(Siehe auch Pressestimmen S. 34)

Die Europäische Union vor der Erweiterung um das Baltikum

„Wenn Europa es ernst mit seinen Idealen meint, muß es den nationalen Willen aller seiner Völker ernst nehmen!“ sagte die Botschaftssekretärin von Litauen, Vaida Miklovaite. Dies war eine zentrale Botschaft der drei baltischen Republiken auf dem dreitägigen Seminar, das in Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern e.V. in Tutzing stattfand. Thema waren die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Estland, Lettland und Litauen vor dem zukünftigen Beitritt zur Europäischen Union.

en Auftakt bot Dr. Bernhard Schallhorn, Direktor der Ost-Akademie in Lüneburg, mit einem historischen Abriß: Die Entwicklung des Baltikums sei weitgehend von außen bestimmt worden; Deutsche, Russen, Dänen und Schweden beherrschten die Geschichte. Dabei ging es nie um das Baltikum an sich, sondern um seine strategische Position. „Das Baltikum war immer nur Durchgangsland, nie Endstation“, betonte Schallhorn. Erst Mitte des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich ein Selbstbestimmungsstreben, das mit der Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1939 einen ersten Höhepunkt fand. Seit 1991, dem Zerfall der Sowjetunion, sind Estland, Lettland und Litauen wieder selbstständig und stellten 1995 ihre Beitrittsanträge zur Europäischen Union. Estland wurde in einer ersten Runde zu Beitrittsgesprächen eingeladen.

Demokratie und Marktwirtschaft

Über den Stand der Verhandlungen informierten Joris Declerck, stellvertretender Abteilungsleiter der Generaldirektion Ia der Europäischen Kommission in Brüssel, und Maximilian Schröder vom Institut für Europäische Politik in Bonn. Nach den Worten von Declerck handele es sich in Wirklichkeit jedoch nicht um Verhandlungen: „Die EU ist wie ein Verein: Entweder man akzeptiert die ganze Satzung oder man tritt nicht bei.“ Es gehe vielmehr darum, den Beitrittsprozeß zu begleiten. Bei-

de betonten die gute Zusammenarbeit des Baltikums mit der EU: „Eigentlich sind die drei Länder schon Mitglieder. Sie müssen sich jetzt genauso verhalten, als wären sie aufgenommen“, so Schröder. Der Beitritt zur EU hänge im wesentlichen ab von den drei Kriterien

- einer demokratischen Entwicklung und politischen Stabilität,
- einer funktionierenden Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck der EU standhält und
- der Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft entstehenden Verpflichtungen erfüllen zu können.



Probleme der Osterweiterung erörtert: v.l.: Peer Lange, Alla Scharauskiene, Vaida Miklovaite, Michael Jörger, Alvars Groza, Tarmo Mutso

Die EU unterstützt diese Prozesse durch Abkommen, Beitrittspartner-schaften, sowie finanzieller und personeller Hilfestellung. Schröder wies darauf hin, daß die Ausgangslage nach 1991 für die baltischen Republiken durchaus problematisch war: Kurz nachdem man die staatliche Souveränität erlangt hatte, sollen nun wieder

nationalstaatliche Rechte an eine Union („Schon wieder eine Union!“) abgegeben werden. Allerdings sei der Beitritt auch mit einer großen Anzahl von Rechten und Einflußmöglichkeiten gerade für kleinere Staaten verbunden, so daß man von einem ausgeglichenen Geben und Nehmen sprechen könne. Die Aufnahme der baltischen Republiken werde jedoch erst Anfang bis Mitte des nächsten Jahrzehnts stattfinden, da es doch gewisse Zeit brauche, bis die notwendigen 40.000 Rechtsakte der EU vollständig umgesetzt seien. Oftmals ständen dabei ganz praktische Probleme im Weg: So müßten z.B. erst Fachleute für das Veterinärwesen ausgebildet werden, die dann die strengen Richtwerte der EU in ihren Ländern überprüfen könnten. Insgesamt äußerten jedoch beide Referenten Optimismus für die Zukunft.

Politische Apathie

Dr. Dzintra Bungs erläuterte die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in den baltischen Staaten: Die Umstellung vom System der Sowjetunion zu einer demokratischen Selbständigkeit war ein dramatischer Einschnitt für viele Bürger. Diese Umwälzung hätte Auswirkungen auf die demographische Entwicklung: So neh-

men Geburtenzahlen ab, die Emigration zu und die Lebenserwartung verringere sich. Die wirtschaftliche Transformation führe zu sozialen Spannungen und ein Teil der Menschen verfalle in politische Apathie. Hinzu komme das Problem, die russischen Minderheiten zu integrieren.

Diese Prozesse werden nach Dr. Bungs noch einige Zeit andauern, auch wenn positive Anzeichen in Sicht sind.

Dr. Peer Lange von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen betonte in seinem Vortrag über das besondere Verhältnis zwischen Rußland und dem Baltikum, daß alle politischen Entscheidungen Rußlands vor dem Hintergrund der Sicherheitspolitik zu sehen seien. Daher werde Rußland immer wieder versuchen, politischen Einfluß auf das Baltikum zu erlangen.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Michael Jörger mit dem Titel: „Großer Norden oder vergessener Raum“ konnten die Botschaftsvertreter der drei baltischen Republiken ihre Standpunkte vortragen. Tarmo Mutso, Botschaftssekretär aus Estland verdeutlichte, wie wichtig ein zugesagter Aufnahmetermin für die Arbeit von Regierung und Verwaltung sei und zog eine positive Bilanz der bisherigen Entwicklung. Allerdings räumte er noch Arbeitsbedarf bei der Umsetzung aller Verpflichtungen ein.

Aivras Groza, Botschaftsrat aus Lettland ging besonders auf die aktuelle Situation im Kosovo ein und bekräftigte, daß der Beitritt zur EU in diesem Zusammenhang kein Selbstzweck sei. Vielmehr gelte es, die Unabhängigkeit Lettlands zu sichern, den Lebensstandard zu erhöhen und eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa und im transatlantischen Bündnis zu formieren.

Botschaftssekretärin Vaida Miklovaite aus Litauen sprach das Problem an, wie man Europa definieren solle: Wo beginnt Europa, wo endet es? Gehört Litauen zu Mittel-, zu Ost-, oder zum nördlichen Europa? Sie wies darauf hin, daß souveräne Staaten durchaus den Wunsch äußern dürften, der EU und der NATO beitreten zu wollen.

*Alexander Than,
Europäische Akademie Bayern*

Den Seminarraum ins Museum verlegt

Junge Kulturjournalisten aus Bayern und Österreich waren Gäste einer Fortbildungstagung für Lokaljournalisten unter dem Titel: Zwischen Nationaltheater und Freilichtmuseum - Kultur im Lokalen. Bei einem Ausflug in das Freilichtmuseum Glentleiten des Bezirks Oberbayern bei Großweil erläuterte die Pressereferentin und Museumspädagogin Franziska Lobenhofer (links) bürgerliche Kultur Oberbayerns aus verschiedenen Jahrhunderten anhand einiger Häuser des Museums. Zusammen mit erfahrenen Feuilletonisten entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ideen und Konzepte für ein leserfreundliches, verständlich geschriebenes lokales Feuilleton, das die ganze Bandbreite der Kultur umfaßt. ■



Foto: Schröder

Der Schlüssel zur Einheit

Ehemaliger Berater Gorbatschows schildert dessen Beitrag zur deutschen Vereinigung beim Akademiegespräch im Landtag

Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sind die Vorgänge, die zur deutschen Einheit geführt haben, bereits Geschichte geworden. Bei einem Akademiegespräch im Bayerischen Landtag schilderte Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschitschew von der Russischen Akademie der Wissenschaften die epochalen Ereignisse aus Sicht eines Begleiters Michail Gorbatschows. Im Mittelpunkt stand deshalb auch dessen Beitrag zur deutschen Vereinigung.

Gorbatschow hatte sich bereits Mitte der 80er Jahre für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen. Was zu jener Zeit wie eine leere Worthülse wirken mußte, wurde später zumindest für Deutschland Wirklichkeit. Daschitschew erinnerte an die Entideologisierung der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow. Er zeigte auf, wie die Perestroika sowohl innen- als auch außenpolitisch die deutsche Einheit erst möglich machte. Was jedoch Gorbatschows Ruhm im Westen begründete, führte in seinem eigenen Land zu tiefen Ressenti-

ments, verstärkt vor allen Dingen durch die katastrophale wirtschaftliche Lage Rußlands. Der Visionär Gorbatschow war nach dem Urteil seines damaligen Beraters Daschitschew nicht in der Lage, die weiteren Entwicklungen im Osten Europas vorherzusehen. Er wurde von den Ereignissen, die auch zur Auflösung der Sowjetunion führten, überrollt. Das vollständige Akademiegespräch erscheint demnächst in der gemeinsamen Schriftenreihe von Landtag und Akademie und ist kostenlos erhältlich. ■ leu

Die Zeitschrift „MAXIMILIANEUM“ schreibt in ihrer Ausgabe 4/99 über das Akademiegespräch mit Prof. Dr. Charles Maier:

Wir können nicht jeden Tag unsere eigene Geschichte gestalten

... In den 80er Jahren war die DDR wirtschaftlich zunehmend in die Breddouille geraten: Laut Maier stand sie immer mehr unter Druck, Waren und vor allem auch Technologie aus dem Westen zu importieren. Grund: Die Planwirtschaft hatte es versäumt, auf den technologischen Wandel richtig zu reagieren. Die deshalb notwendigen Importe aus dem Westen kamen die DDR teuer zu stehen, denn die Schuldenquote wuchs unaufhörlich an. Mitte der 80er Jahre war es dann Maier zufolge soweit, daß die Schulden der

DDR bei den kapitalistischen Ländern etwa zwei Dritteln ihres jährlichen Volkseinkommens entsprachen. Den Bürgern war diese Entwicklung allerdings weitgehend verborgen geblieben, betont Maier. Das Regime versuchte alles, um die Höhe der Schulden geheim zu halten.

Die Bürger hinterfragten das politische System nach Maiers Überzeugung vielmehr deshalb, weil sie die Demokratiedefizite des Regimes immer deutlicher erkannten. In der Weigerung des DDR-Staates, Öffentliches

und Privates voneinander zu trennen, habe der Ansatz für ein groß angelegtes Überwachungssystem gelegen, die berichtigte Staatssicherheit. Systematisch habe die DDR daran gearbeitet, die Bürger über die Stasi in allen Lebensbereichen zu beherrschen. „Statt Teilnahme am zivilen Leben zu fördern, förderten die Agenten des Systems Denunziation.“ Die Stasi-Schnüffelei, bilanziert Maier, habe das Vertrauen zwischen den Menschen und damit das Einverständnis mit dem DDR-Staat zerstört.

Andreas Förster schreibt in der „BERLINER ZEITUNG“ am 21. Juni 1999:

Lampe kritisiert Karlsruher Stasi-Urteil

Es war eine späte, aber dafür ungewöhnlich deutliche Abrechnung mit dem Bundesverfassungsgericht, die der Karlsruher Bundesanwalt Joachim Lampe am Wochenende auf einer internationalen Konferenz des Arbeitskreises „Geschichte der Nachrichtendienste“ vollzog. Die 1995 von den Verfassungsrichtern getroffene Entscheidung zur Straffreiheit von Stasi-Mitarbeitern, die als „Schreibtischträger“ die Spionage gegen den Westen nur vom Boden der DDR aus betrieben haben, hätte eine „systematische Aufklärung“ bestimmter Spionagebereiche der Stasi und die „Enttarnung ihrer Quellen unmöglich“ gemacht, sagte Lampe. Es sei daher „nicht auszuschließen, daß Organisationseinheiten, die Spionage betrieben haben, unbekannt geblieben sind“. Zudem hätten die Verfassungsrichter Stasi-Offizieren und IM den Weg geebnet, „heute wie vor 15 Jahren ihre Art der ‘historischen Wahrheit’ in Deutschland zu verbreiten“, sagte der Bundesanwalt auf der Tagung in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung.

...

Die „PASSAUER NEUE PRESSE“ berichtet über den 2. Passauer Tetralog

Vier Experten aus Frankreich, Rußland, Polen und Deutschland diskutieren über die Zukunft des Kontinents

... In Frankreich ist die Öffnung Europas nach Osten momentan kein aktuelles Thema. „Europa geht derzeit bis an die Oder-Neiße-Grenze, wenigstens für die Franzosen“, sagte der französische Germanist und Journalist Michel Korinmann. Denn in Westeuropa habe sich mittlerweile ein gemeinsames, zukunftsorientiertes Verständnis der Geschichte herausgebildet, in Osteuropa würde man hingegen noch immer vorwiegend rückwärtsgewandt argumentieren. Deswegen räumt Korinmann einer größeren Europäischen Gemeinschaft keine realistischen Chancen ein: „Wer in Frankreich für ein großes Europa plädiert, will eigentlich überhaupt kein Europa. Ein Europa bis nach Wladiwostok - das wird eh’ nichts!“...

... Der polnische Journalist Kazimierz Wójcicki definiert Europa als den Raum, der sich durch eine freiheitliche „Positionierung des Individuums

in der Gesellschaft“ auszeichnet. Gemeinsames europäisches Fundament seien daher die Achtung der Menschenrechte, demokratische Strukturen und eine offene Gesellschaft. Wójcicki hätte deswegen überhaupt nichts gegen ein Europa bis Wladiwostok einzuwenden, doch bezweifelt er, daß sich Rußland gänzlich von der imperialen Tradition befreien kann: „Eine offene, demokratische Gesellschaft in Rußland - das ist für uns Polen ein Traum!“ Entscheidend ist dabei vor allem eine Abrechnung der Russen mit ihrer kommunistischen Geschichte. „Däß man heutzutage in Rußland mit Stalin-Bildern herumlaufen kann, ist so ähnlich, als wenn man in Deutschland mit Hitler-Bildern demonstrieren dürfte. Niemand ist gegen Rußland - aber es muß offen über sich selbst sprechen, dann erhält es auch Tausende und Millionen neuer Freunde!“

Über die Tagung „Bonn war nicht Weimar“ schreibt Wilfried Werner am 30. April 1999 in der „HEILBRONNER STIMME“ u.a.:

Der beste Stabilitätsgarant hieß Wohlstand

... Es begann damit, daß nach 1945 die alten, antidemokratischen Eliten als Machtfaktor wegfielen. Ganz im Gegensatz zur Zeit nach 1918, als noch Adel und Großagrarier ihre politisch-gesellschaftliche Rolle spielten, von der Funktionärsschicht der Nazi-Partei NSDAP bis 1945 zu schweigen. Auch die sich in der Bonner Republik neu entwickelnde Großindustrie stand von Beginn an hinter dem neuen Staat. Und: Das Militär verlor, auch nach der Gründung der neuen Bundeswehr 1955, seine frühere Rolle als „Staat im Staate“. Der „Staatsbürger in Uniform“ wurde eben nicht nur auf dem Papier geschaffen. In Uniform? Gerhard Ritter, Historiker an der Münchner Universität, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Tragen der Soldaten-Uniform in der Öffentlichkeit bis heute eher verpönt ist. Nicht zu unterschätzen ist freilich auch die Geburthelfer-Rolle der Alliierten; nicht nur wegen des Marshall-Plans. Wolfgang Benz, Historiker von der FU Berlin, formuliert es so: „Von wegen aus der Geschichte gelernt, oft mußten die Deutschen be-lehrt werden.“ So habe es gegen die später so gerühmte Währungsreform durchaus größeren Widerstand von deutscher Seite gegeben, den die West-Alliierten erst überwinden mußten.

Andererseits war die neue Republik auch keine reine „Kopfgeburt der Alliierten“. Der Bundesrepublik wohnte durchaus etwas typisch Deutsches inne, wie Gerhard Ritter konstatiert. Da war etwa die seit jeher starke Stellung der deutschen Beamtenenschaft. Ritter: „Es gab Versuche der Alliierten, die Bedeutung des Beamtenwesens zu beschneiden, ohne Erfolg.“

Entscheidend aber war: Die Beamten akzeptierten den neuen Staat, identifizierten sich rasch mit der neuen Ordnung. Wie überhaupt das demokratische Bewußtsein viel breiter verankert war als in Weimar. Antidemokratisches Denken blieb in fünf Jahrzehnten ohne Chance. Und: Immer gab es, im Gegensatz zu Weimar, eine demokratische Alternative zur jeweiligen Regierung, ob sie nun bürgerlich-liberal, sozialliberal oder rot-grün geführt war. ...

... In einem aber sind sich die Historiker einig: So durchdacht und erfahrungsgeleitet auch die Verfassung konzipiert war; so wichtig die Einbindung in NATO, EWG und später EU: Entscheidend für die Stabilität wirkten sich eine früh florierende Wirtschaft und der Wohlstand breiter Massen aus.

So haben sich die Reallöhne der westdeutschen Arbeitnehmer seit den fünfziger Jahren vervierfacht. Konsum, Freizeit, Tourismus erlebten einen nie gekannten Boom. Gesellschaftliche Standesgrenzen, wie noch vor dem Krieg, verwischten sich. Der alte marxistische Traum von der klassenlosen Gesellschaft - die Soziale Marktwirtschaft brachte ihn näher. Hinzu kamen, im Vergleich zu früher, großzügige Sozialleistungen, die auch Verlierer der Marktwirtschaft nicht ins Bodenlose fallen ließen. Auch deshalb verkraftete das Land in jüngster Zeit immerhin vier Millionen Arbeitslose ohne größere politische Erosionen. Ebenso wie es in den Siebziger Jahren die Herausforderung durch den Terrorismus überstand. ...

Christian Mayer schreibt in der „SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG“ am 26. April 1999:

Weimar, Bonn, Berlin

„Der Marsch durch die Institutionen hat die Marschierer mehr verändert als die Institutionen.“ Von Hans-Jochen Vogel stammt dieser Satz, geflügelt am Donnerstag in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung. Die Bundesrepublik wird fünfzig - und nichts ist, wie es war: Politik findet nicht mehr in der Bonner Abgeschiedenheit statt, sondern in der Metropole Berlin, nicht mehr im Wasserwerk, sondern im geschichtsträchtigen Reichstagsgebäude. Eine rot-grüne Koalition regiert die Republik, und ausgegerechnet die schickt deutsche Soldaten in den Krieg auf den Balkan: Seite an Seite mit den Siegermächten von einst, mit Amerikanern, Briten und Franzosen. Grund genug, angesichts dieser Zäsur das vergangene halbe Jahrhundert noch einmal Revue passieren zu lassen. „Aus der Geschichte gelernt? Die Deutschen und ihre Vergangenheit“ hieß das Thema der von SZ-Redakteur Michael Stiller moderierten Podiumsdiskussion. Der Kosovo wurde nur am Rande gestreift; vielmehr ging es um die politischen Grundsätze der Bundesrepublik und auch um die verpaßten Chancen nach dem Ende der DDR.

Aus der Geschichte gelernt? Der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel zog eine positive Bilanz, ebenso wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Berliner Historiker und Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz.

„Wir haben die Menschenwürde als unantastbares Gut im Grundgesetz verankert und damit eine Antwort auf den NS-Unrechtsstaat gegeben“, sagte Vogel, und Leutheusser-Schnarrenberger ergänzte: „Nicht die Verfassung steht auf dem Prüfstand, sondern die Bürger, die noch mehr Verantwortung und Zivilcourage entwickeln müssen.“

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80

Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Legitimation - Transparenz - Demokratie
Fragen an die Europäische Union (184 S.)

Herausgeber:

Bayerische Landeszentrale für politische
 Bildungsarbeit, München
 Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Redaktion:

Dr. Peter März, Landeszentrale,
 Dr. Michael Plazolo, Akademie

**Kostenloser Bezug bei der Landeszentrale für
 Politische Bildungsarbeit**

Vor einigen Jahrzehnten nannte der ehemalige Kommissionspräsident Walter Hallstein die Europäische Gemeinschaft, auf ihre sich ständig wandelnde Struktur anspielend, einen unvollendeten Bundesstaat. Der Wandel ist geblieben, die Struktur nicht. Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam hat sich die Europäische Union weiterentwickelt, aber nicht zum vollendeten Bundesstaat. Ist dies überhaupt ein aktuelles und sinnvolles Ziel europäischer Einigungsbemühungen?

Im vorliegenden Band - er geht auf eine Tagung zum Thema von Akademie für Politische Bildung und Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Herbst 1998 zurück - wird geprüft, in welcher „Verfassung“ sich die Europäische Union befindet. Dies soll am Maßstab über Jahrhunderte entwickelter Demokratieverstellungen erfolgen, ohne zu erkennen, daß der europäische Integrationsprozess mit herkömmlichen Interpretationsmaßstäben nur ungünstig zu definieren ist. Gibt es das oftmals kritisierte Demokratiedefizit im Zusammenspiel der EU-Organen?

Der vorliegende Band zeichnet sich durch fachwissenschaftliche Zuverlässigkeit, durch besonnene Urteile und durch gute Lesbarkeit aus. Die ersten sechs Beiträge des Bandes schrieb Jürgen Weber, Dozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Weber stellt den Weg der Bundesrepublik Deutschland von der Staatswerdung unter der Aufsicht der Besatzungsmächte bis zur staatlichen Souveränität im Jahre 1955 dar. Die

zwei folgenden Beiträge von Karl-Heinz Willenborg (Akademie Tutzing) behandeln die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Mitte der 50er Jahre. In einem Schlußbeitrag befaßt sich Peter Steinbach (FU Berlin) mit der „Vergangenheitsbewältigung“ der Bundesrepublik

Jürgen Weber (Hrsg.),
Aufbau und Neuorientierung.
Die Geschichte der Bundesrepublik 1950 - 1955.
 Günter Olzog Verlag, München 1998;
 393 S., DM 78,-

Deutschland bis 1955. Der Band, dem es nicht um die Entdeckung fachwissenschaftlichen Neulandes geht, verdient besondere Beachtung wegen seiner methodischen Qualität. Offensichtlich ließen sich die Autoren von der Frage leiten: Wie kann ich das, was zu sagen ist, dem Leser in einer Weise darbieten, die seinen Interessen und Fähigkeiten entspricht, um ihm über zuverlässige Kenntnisse zu historisch-politi-

schem Verständnis zu verhelfen? Der Band ist so angelegt, daß er den Leser nachdrücklich zum Lernen und zum Nachdenken hinführt.

aus: *Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer*, Heft 57/1999 122 f.



Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

Nr. 35-1 31. 8. - 3. 9.	Die Balkan-Krise verändert Deutschland Ferienseminar II für Geschichts-, Gemeinschafts- und Sozialkundelehrer/innen Leitung: Maruhn	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 36-1 6. - 9. 9.	Neue Trends in nationaler und internationaler Politik Ferienseminar III für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen Leitung: Piazolo	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Wenn Seife süchtig macht: von den Hesselbachs zum Marienhof Populäre TV-Unterhaltung gestern - heute - morgen

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Jugend und Film e.V. / LAG FILM BAYERN e.V.
(LandesarbeitsGemeinschaft für Jugendfilmarbeit und Medienerziehung)

Nr. 36-4, 10. - 12. September 1999 Tagungsgebühr: DM 90,-- (ermäßigt DM 45,--)	Leitung: Dr. Michael Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
---	---	--

Tägliche Vorabendserien - nach ihren amerikanischen Vorbildern daily soaps genannt - haben sich in den letzten Jahren auch im deutschen Fernsehen erfolgreich etabliert. Egal ob öffentlich-rechtlich oder privat - kein Sender will auf massenattraktive Angebote wie „Verbotene Liebe“, „Marienhof“, „Gute Zeiten - schlechte Zeiten“, oder „Unter uns“ verzichten, wenn zwischen 17.30 und 20.00 die Werbemillionen eingespielt werden müssen. Innerhalb von 14 Tagen erreichen diese Serien zwischen 6 und 14 Millionen Zuschauern.

Im Kreis von Medienpädagogen und Fachleuten aus der Kommunikationsforschung und politischen Bildungspraxis wollen wir das populäre Genre der Serie unter die Lupe nehmen. Zusammen mit Medienforschern und -kritikern, Pädagogen und Programmachern wollen wir die folgenden Aspekte untersuchen:

- Serienunterhaltung und Alltagsdramatisierung
- Wirkungen von Fernsehunterhaltung
- Stoffentwicklung und Produktionspraxis von Fernsehserien
- TV-Unterhaltung in der Medienerziehung

Nr. 36-5 6. - 9. 9.	Extremismus und Demokratie Seminar mit Soldaten und Zivildienstleistenden Leitung: Maruhn	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 36-6 10. - 12. 9.	Ökonomie als Stabilitätsfaktor der Demokratie Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 37-2 17. - 19. 9.	Der große Drache China nach 50 Jahren Volksrepublik Internationales Forum Leitung: Oberreuter/Denzer	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 38-2 22. - 24. 9.	Die zweite Schöpfung: Humangenetik Politische und moralische Aspekte an der Jahrtausendwende Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 38-4 21. - 22. 9.	Erstes, zweites, drittes Lebensalter Zusammenleben der Generationen heute In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg Leitung: Grosch/Willenborg	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 39-1* 27. 9. - 1. 10.	Politische Bildung und Ästhetik in der „Globalen Medienkultur“ Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Diemer/Büchner	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 39-2* 27. - 28. 9.	Didaktik des Geschichtsunterrichts an Realschulen Leitung: Willenborg	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 39-3 29. 9. - 1. 10.	The Media in Britain In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut, München Leitung: Grosch	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Oktober

Nr. 40-1 4. - 8. 10.	10 Jahre danach - Versuch einer Bestandsaufnahme der Entwicklungen und Trends zum demokratischen Rechtsstaat und zur Sozialen Marktwirtschaft in Südosteuropa 39. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft Leitung: Willenborg	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 40-2 8. - 10. 10.	- 1989 - Die Überwindung der SED-Diktatur. Innere und äußere Faktoren Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 41-1* 11. - 15. 10.	Umwelterziehung als Bestandteil politischer Bildung Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Willenborg/Schönauer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 41-2 11. - 14. 10.	Germany today Politische Landeskunde für amerikanische Lehrer Leitung: Grosch	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 42-3 22. - 24. 10.	Auf der Suche nach der Welt von morgen Leitung: Oberreuter/Kranenpohl	Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
Nr. 42-4 20. 10.	Akademiegespräch im Bayerischen Landtag Leitung: Oberreuter	Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
Nr. 43-1* 25. - 29. 10.	Deutschland im Ost-West-Konflikt - Zeitgeschichte seit 1945 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 43-2 **Entwicklungshilfe oder Eigeninteresse?**
26. - 28. 10. **Wozu bilden wir Dritte-Welt-Eliten aus?**
Leitung: Grosch/Willenborg **Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46**

Die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre: Legenden, Fakten, Kontroversen und Lehren für aktuelle weltwirtschaftliche Krisenphänomene

Nr. 43-4, 29. - 31. Oktober 1999 **Leitung: Dr. Peter Hampe** **Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50**
Tagungsgebühr: DM 120,-
(ermäßigt DM 60,-)

Das internationale Währungssystem erweist sich nicht zuletzt im Zuge der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte als äußerst instabil: Mehrfach kam es in den letzten Jahren in verschiedenen Regionen der Welt zu spektakulären Einbrüchen bei Aktien- und Wechselkursen, große internationale Banken bzw. Anlagefonds gerieten in erhebliche Schieflagen. So stellt sich die Frage, ob unter Umständen sogar wieder eine Weltwirtschaftskrise wie zu Beginn der 30er Jahre hereinbrechen kann, deren verheerende realwirtschaftliche und politische Folgen die Geschichte unseres Jahrhunderts mitgeprägt haben.

Die Akademie nimmt das 70jährige „Jubiläum“ jener Krise zum Anlaß, nach Lehren aus der damaligen Krise bzw. auf ihre Übertragbarkeit auf gegenwärtige Krisentendenzen zu fragen. Dabei ist zu konstatieren, daß selbst unter den Fachleuten noch Meinungsverschiedenheiten über die Krise der 30er Jahre bestehen.

Die Fachtagung wird mit Experten von Rang vorbereitet und durchgeführt (u.a. mit Prof. Harold James/Princeton), Prof. em. Knut Borchardt/München, Prof. Albrecht Ritschl/Zürich).

November

- Nr. 44-2** **Der Bürger und sein Geld - Der Gemeindehaushalt in der Lokalzeitung**
2. - 5. 11. **in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung**
an der Universität Passau
Leitung: Schröder **Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46**
- Nr. 44-3** **Wächst zusammen, was zusammengehört?**
5. - 7. 11. **Bilanz des Vereinigungsprozesses 1989/99**
Leitung: Weber **Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46**
- Nr. 45-1*** **Der Mauerfall 1989 - Neue Mauern in den Köpfen?**
9. - 11. 11. **Leitung: Diemer/Weber** **Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50**
- Nr. 45-2** **Qualitätskontrolle im Dienstleistungsbereich**
9. - 10. 11. **Leitung: Piazolo** **Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46**
- Nr. 45-3** **Das Europäische Parlament als Motor**
11. - 13. 11. **der europäischen Einigungsbemühungen**
Leitung: Piazolo **Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53**

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 46-1 **Cyber-Demokratie: Wie Medien die Politik verändern**
15. - 17. 11. Politische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert
Leitung: Oberreuter/Schröder Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Journalisten im Netz

In Kooperation mit dem Bayerischen Journalistenverband

Nr. 46-2, 18. - 20. November 1999
Tagungsgebühr: DM 90,--
(ermäßigt DM 45,--) **Leitung:** Dr. Michael Schröder **Sekretariat:** Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Karl-Heinz Dix

Das weltumspannende Computernetzwerk Internet entwickelt sich stetig zum Massenmedium. Rund um den Globus sind bereits knapp 150 Millionen Rechner am Netz. Bis zum Jahr 2001 soll ihre Zahl auf 225 Millionen steigen. In Deutschland haben derzeit 8 Prozent der Haushalte einen Internet-Zugang. Die Zahl der Nutzer liegt bei 6,5 Millionen.

Für den traditionellen Journalismus ergeben sich bisher unbekannte Dimensionen: Tages- und Wochenzeitungen, Magazine und elektronische Medien sind längst „online“. Daneben tummeln sich in der Informationsflut Wissenschaftler, Werbefirmen, Parteien, Regierungen, Verbände, Versandhäuser, Amateure und Profis, Propagandisten und Scharlatane. Braucht dieser globale Info-Selbstbedienungsladen überhaupt noch Journalisten? Oder sind sie mehr denn je gefragt, als Navigatoren auf dem weltweiten Ozean der Informationen und Desinformationen?

In unserem Seminar wollen wir folgenden Fragen nachgehen:

- Was ist das Internet? Wie funktioniert es?
- Wie nutze ich das Internet als Recherchemedium?
- Verändern neue Medien das Berufsbild des Journalisten?
- Worin liegen gesellschaftspolitische Chancen und Risiken?
- Welche Konsequenzen haben diese Techniken für die demokratische Öffentlichkeit der Zukunft?

Nr. 46-3 **Einkaufen im Internet - Chancen und Risiken im elektronischen Markt**
18. - 19. 11. **Leitung:** Willenborg **Sekretariat:** Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 46-4 **Prägekräfte des 20. Jahrhunderts**
19. - 20. 11. Außenveranstaltung mit dem Bildungszentrum Nürnberg (Tagungsort: Nürnberg)
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl **Sekretariat:** Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Nr. 47-1* **Holocaust - Erziehungsaufgabe, Forschungen und ihre Rezeption im Unterricht**
22. - 26. 11. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber/Münchenbach **Sekretariat:** Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 47-2* **Europa und der Islam**
22. - 26. 11. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe/Holz **Sekretariat:** Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 48-1* **Unser Nachbar im Westen: Politische Landeskunde Frankreichs**
29. 11. - 3. 12. **Leitung:** Willenborg/Finster **Sekretariat:** Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 48-2 **Forum zur politischen Erwachsenenbildung**
30. 11. - 2. 12. **Leitung:** Oberreuter/Grosch/Kranenpohl **Sekretariat:** Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Kosovo, seine Nachbarn in Europa. Perspektiven einer Konfliktregion

Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing, der Südosteuropa-Gesellschaft, München und dem Südost-Institut, München.

Nr. 46-5, 15. - 17. November 1999

Tagungsstätte: Evangelische Akademie Tutzing

Leitung:

Dr. Peter Hampe

Sekretariat:

Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Dr. Martin Held

Dr. Franz-Lothar Altmann

Der Kosovo-Krieg ist beendet. Die von den Serben Vertriebenen kehren zurück. Die Medienaufmerksamkeit läßt nach. Die Probleme der Region sind damit aber keineswegs gelöst. Sie auf Dauer lösen zu helfen, liegt in mehrfacher Hinsicht im europäischen und damit auch in unserem eigenen Interesse. Dies und die damit verbundenen Implikationen deutlich zu machen, ist das Kernanliegen unserer gemeinsamen Tagung. Sie wird mit einer Bestandsaufnahme beginnen, in deren Zentrum insbesondere die innenpolitische und wirtschaftliche Situation der südosteuropäischen Länder stehen soll. Anschließend sind verschiedene Folgen des

Kosovo-Konflikts insbesondere für die europäischen Strukturen einschließlich der Osterweiterung, aber auch die Rolle der Vereinigten Staaten und Russlands zu verdeutlichen. Vor diesem Hintergrund kann dann diskutiert werden, inwieweit der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ eine zureichende Lösungsstrategie darstellt. Im abschließenden Teil sollen der wirtschaftliche Wiederaufbau im Kosovo und die ökonomischen Probleme in den Nachbarstaaten behandelt werden; dabei werden sowohl Kosten- und Finanzierungsaspekte als auch die potentielle Rolle der deutschen Wirtschaft im Vordergrund stehen.

Dezember

Arbeit für alle: Strategien im internationalen Vergleich

Nr. 48-3, 3. - 5. Dezember 1999

Tagungsgebühr: DM 100,-
(ermäßigt DM 50,-)

Leitung:

Dr. Horst Denzer
Dr. Peter Hampe

Sekretariat:

Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nicht zuletzt wegen Erfolgslosigkeit bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit haben die Wähler im Herbst 1998 der alten Bundesregierung die rote Karte gezeigt. Der neue Bundeskanzler hat konsequent sein politisches Schicksal an beschäftigungspolitische Erfolge geknüpft. Was wäre diesbezüglich zu tun? Kann das „Bündnis für Arbeit“ eine Trendwende bewirken oder kuriert man damit allenfalls an Symptomen, weil den spätindustriellen Gesellschaften schlicht auf längere Sicht die (Erwerbs-)Arbeit ausgeht?

Zur Beantwortung dieser und daran anknüpfender Fragen ist es hilfreich - und das ist der Sinn dieser Akademietagung -, den Blick auf Länder zu richten, die in letzter Zeit beschäftigungspolitisch erfolgreicher scheinen. Mit welchen Maßnahmen und in welchem Ausmaß konnten sie die Arbeitslosigkeit reduzieren? Versprechen die Konzepte eine nachhaltige Wirkung? Sind sie übertragbar und nachahmenswert?

**Nr. 48-4
1. 12.**

Akademiegespräch im Bayerischen Landtag
Leitung: Oberreuter

Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

**Nr. 49-2
6. - 8. 12.**

Hitlers Krieg und Stalins Absichten
Die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939/41
Internationale Konferenz
Leitung: Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Mit offenen Ohren ins dritte Jahrtausend Das Hören - ein Abenteuer für Mensch und Gesellschaft

in Kooperation mit: Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und -didaktik an der LMU München,
Evangelische Akademie, Tutzing, Staatsinstitut f. Schulpädagogik und Bildungsforschung

Nr. 49-3, 9. - 10. Dezember 1999

Tagungsgebühr: DM 100,-
(ermäßigt DM 50,-)

Leitung:

Dr. Michael Schröder
Dr. Axel Schwanebeck

Sekretariat:

Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Die visuelle Dominanz unseres Kulturkreises, die in den letzten Jahren durch die Entwicklung der digitalen Bildproduktion und -verarbeitung noch zugenommen hat, ist mit dafür verantwortlich, daß wir immer schlechter zuhören können. Oft wird heute über die fehlende Bereitschaft geklagt, bewußt zuzuhören, sich konzentriert und ausdauernd auf das gesprochene Wort einzulassen. Darunter leidet nicht nur der direkte Informationsaustausch, sondern auch die Qualität der sozialen Beziehungen. Die Tagung nimmt diesen Mangel zum Anlaß, für das 21. Jahrhundert in das aktive Zuhören einzustimmen. Vorträge verschiedener Fachrichtungen legen u.a. die Bedeutung des

Zuhörens für die Entwicklung des Menschen und für das soziale, politische und kulturelle Zusammenleben dar. Außerdem kommen die Wirkung der Stimme als Instrument für das Sprechen, Gesang und Gefühl, sowie Möglichkeiten der Zuhörförderung zur Sprache. Ein Workshop bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit, Hören als Ereignis zu erfahren. Lesen, Schreiben und Rechnen sind kulturelle Grundfertigkeiten. Aber auch das aktive Zuhören sollte als unentbehrliche Bedingung für das Gelingen von Kommunikation und den konstruktiven Umgang mit Konflikten wahrgenommen werden.

Nr. 49-4

10. - 11. 12.

Subsidiarität und Gerechtigkeit im Zeitalter der Individualisierung

Gesellschaftsbilder der Zukunft

Leitung: Diemer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 49-5

10. - 12. 12.

Braucht die EU eine Verfassung?

Leitung: Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 51-1*

13. - 15. 12.

Sozialkunde und Medien

Leitung: Willenborg

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 51-2*

13. - 16. 12.

Aktuelle Fragen zu Politik und Gesellschaft

Leitung: Diemer/Weber

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 51-3*

15. - 17. 12.

Sozialkunde und Medien

Leitung: Willenborg

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing

wurde 1957 als Anstalt des öffentlichen Rechts vom Bayerischen Landtag gegründet. Sie ist unabhängig und hat das Recht der Selbstverwaltung. Ihre Aufgabe ist es, die politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern. Zu diesem Zweck veranstaltet sie Seminare in der eigenen Tagungsstätte in Tutzing sowie Akademiegespräche und Kolloquien in ganz Bayern. Durch eigene Publikationen wirkt sie in den öffentlichen Diskurs über die politische Bildung hinein.

Der Direktor leitet und vertritt die Akademie nach außen und wird dabei vom Dozentenkollegium unterstützt. Ein Kuratorium von Vertretern von Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen beaufsichtigt die Akademiearbeit. Ein Beirat repräsentiert die interessierte Öffentlichkeit und berät den Direktor. Ein Förderkreis unterstützt die Akademie finanziell bei ihren Aufgaben.

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Er referierte über die Arbeitsergebnisse der Zukunftskommissionen bei Streitgesprächen in Schweinfurt und Dresden, sprach u.a. anlässlich des 150jährigen Bestehens der KAB in Regensburg über die Zukunftsfähigkeit der katholischen Verbandsarbeit, beim Bayerischen Städtetag in Landshut

über die Partnerschaft von Staat, Städten und Gemeinden. Außerdem leitete er den Verfassungskongress der Bundesregierung zum 50. Jubiläum des Grundgesetzes in Bonn, bei dem er zugleich Diskussionsteilnehmer auf dem Forum „Staat der Bürger“ gewesen ist. Oberreuter wurde in Bonn erneut in den Vorstand der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt.

KOLLEGIUM

Dr. Horst Denzer hielt vor dem Arbeitskreis „Geschichte der Politikwissenschaft und der politischen Theorie“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft am 1.5.1999 in Bochum einen Vortrag „Zum Politikverständnis der frühen Neuzeit“.

Dr. Michael Piazolo beteiligte sich an der Runde „Bürger fragen - Experten antworten“ anlässlich des Europatags am 6. Mai auf dem Münchener Marienplatz, der unter dem Motto „Europawahl - Ihre Stimme für das Europäische Parlament“ stand. Er moderierte eine Diskussionsveranstaltung im Goethe-Forum zum Thema „Juristen im Dritten Reich - zwischen Widerstand und Anpassung“ und sprach im Bayerischen Rundfunk über die Strategien der Parteien zur Wahl des Europaparlaments.

VERWALTUNG

Prof. Reinhart von Delhaes-Guenther hat nach den Umbauarbeiten der letzten Monate den neuen Garten der Akademie geplant. Unser besonderer Dank gilt ihm, weil er diesen Auftrag ohne Honorar übernommen hat. Delhaes ist gelernter Gärtner und im Hauptberuf Professor für Straßenbau an der Münchener Fachhochschule.



Edith Lankotsch, unsere Küchenchefin, feierte am 1. Juli ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.

KURATORIUM



Walter Eykmann, CSU-Landtagsabgeordneter aus Würzburg, wurde auf dem Bundeskongress der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) in Mainz zum dritten Mal wiedergewählt und für weitere drei Jahre im Amt des Bundesvorsitzenden der KED bestätigt.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme: (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing